



fast. safe. easy.

nl **ALLGEMEINE
GESCHÄFTSBEDINGUNGEN**

Seite 1

de **GENERAL BUSINESS TERMS AND
CONDITIONS**

Page 13

Dumeta GmbH

Hovesaatstr. 6
48432 Rheine
Deutschland

tel +49 597 116 530 91

mail info@dumeta.de

web www.dumeta.de

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Firma Dumeta GmbH

Teil A. Allgemeine Bedingungen für den Verkauf von neuen und gebrauchten Maschinen und Industriebedarfsartikeln pp. (Lieferbedingungen)

Teil B. Allgemeine Bedingungen für die Durchführung von Reparaturen/ Instandsetzungen (Reparaturbedingungen)

Teil C. Allgemeine Bedingungen für die Durchführung von Montagen (Montagebedingungen)

Teil D. Allgemeine Bedingungen für Vermietungen (Mietbedingungen)

Teil A

Allgemeine Bedingungen für den Verkauf von neuen und gebrauchten Maschinen und Industriebedarfsartikeln pp. (Lieferbedingungen)

I. Allgemeines

Die nachstehenden Lieferbedingungen gelten ausschließlich und für alle abgeschlossenen Verträge; entgegenstehende oder von diesen Lieferbedingungen abweichende Bedingungen des Käufers erkennt der Verkäufer nicht an, es sei denn, er hat ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zustimmt. Die Lieferbedingungen des Verkäufers gelten auch dann, wenn er in Kenntnis entgegenstehender oder von seinen Lieferbedingungen abweichender Bedingungen des Käufers die Lieferung an den Käufer vorbehaltlos ausführt.

II. Angebot und Lieferumfang

1. Angebote des Verkäufers sind freibleibend. Die zu dem Angebot gehörenden Unterlagen wie Abbildungen, Zeichnungen, Gewichts- und Maßangaben sind nur annähernd maßgebend, soweit sie nicht ausdrücklich als verbindlich bezeichnet sind. Die Änderungen sind unangemessen und vom Käufer nicht mehr zu akzeptieren, sofern sie über das handelsübliche Maß hinausgehen. Leistungen und Betriebskosten werden als Durchschnittswerte angegeben. An Mustern, Kostenvoranschlägen, Zeichnungen u.ä. Informationen körperlicher und unkörperlicher Art - auch in elektronischer Form - behält sich der Verkäufer Eigentums- und Urheberrechte vor; sie dürfen Dritten nur mit dessen Zustimmung zugänglich gemacht werden.

2. Der Käufer ist, soweit nicht eine andere Lieferfrist ausdrücklich bestimmt ist, an die Bestellung höchstens 6 Wochen gebunden. Der Kaufvertrag ist abgeschlossen, wenn der Verkäufer die Annahme der Bestellung des Kaufgegenstandes innerhalb dieser Frist schriftlich bestätigt hat oder die Lieferung ausgeführt ist. Der Verkäufer ist jedoch verpflichtet, eine etwaige Ablehnung der Bestellung unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

3. Sämtliche zwischen Verkäufer und Käufer getroffenen Vereinbarungen sind im jeweiligen Liefervertrag schriftlich niederzulegen. Dies gilt auch für Nebenabreden, Zusicherungen und nachträgliche Vertragsänderungen. Mündliche Nebenabreden sind unwirksam.

4. Konstruktions- und Formänderungen des Liefergegenstandes bleiben vorbehalten, soweit der Liefergegenstand nicht erheblich geändert wird und die Änderungen dem Käufer zumutbar sind.

III. Preise und Zahlung

1. Die Preise gelten mangels besonderer Vereinbarung ab Lager des Verkäufers oder bei Versendung vom Herstellerwerk aus ab Werk, ausschließlich Verpackung. Die gesetzliche Mehrwertsteuer ist im Preis nicht enthalten. Sie wird in der jeweiligen gesetzlichen Höhe zusätzlich zu Lasten des Käufers berechnet. Soll die Lieferung mehr als 4 Monate nach Vertragsabschluss erfolgen, ist der Verkäufer bei Preiserhöhungen seiner Vorlieferanten oder unerwarteten Steigerungen von Lohn- und Transportkosten berechtigt, Verhandlungen über eine Neufestsetzung des Preises zu verlangen. An den vereinbarten Preis ist der Verkäufer nur

für die vereinbarte Lieferzeit - jedoch mindestens 4 Monate - gebunden. Mehraufwendungen, die dem Verkäufer durch den Annahmeverzug des Käufers entstehen, kann er vom Käufer ersetzt verlangen.

2. Mangels besonderer Vereinbarung ist der Kaufpreis sofort zur Zahlung fällig ohne jeden Abzug. Die dem Käufer aus § 320 BGB zustehenden Zurückbehaltungsrechte werden hierdurch nicht berührt. Skonti-Zusagen gelten nur für den Fall, dass sich der Käufer mit der Bezahlung früherer Lieferungen nicht im Rückstand befindet.

3. Der Verkäufer nimmt nur bei entsprechender Vereinbarung diskontfähige und ordnungsgemäß versteuerte Wechsel zahlungshalber an. Gutschriften über Wechsel und Schecks erfolgen vorbehaltlich des Eingangs abzüglich der Auslagen mit Wertstellung des Tages, an dem der Verkäufer über den Gegenwert verfügen kann.

4. Aufrechnungsrechte stehen dem Verkäufer nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Verkäufer anerkannt sind. Außerdem ist er zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts insoweit nur befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

5. Zahlungen mit befreiender Wirkung können an Angestellte des Verkäufers nur erfolgen, wenn diese eine gültige Inkassovollmacht vorweisen.

IV. Lieferfristen und Verzug

1. Lieferfristen und -termine sind nur dann verbindlich vereinbart, wenn sie vom Verkäufer ausdrücklich und schriftlich so bezeichnet worden sind. Die Einhaltung einer Lieferfrist bzw. eines Liefertermins durch den Verkäufer setzt voraus, dass alle kaufmännischen und technischen Fragen zwischen den Vertragsparteien geklärt sind und der Käufer alle ihm obliegenden Verpflichtungen, wie z. B. Beibringung der erforderlichen behördlichen Bescheinigungen oder Genehmigungen oder die Leistung einer Anzahlung erfüllt hat. Ist dies nicht der Fall, so verlängert sich die Lieferfrist angemessen bzw. verschiebt sich der Liefertermin angemessen. Dies gilt nicht, soweit der Verkäufer die Verzögerung zu vertreten hat.

2. Die Einhaltung einer Lieferfrist oder eines Liefertermins steht unter dem Vorbehalt richtiger und rechtzeitiger Selbstbelieferung. Sich abzeichnende Verzögerungen teilt der Verkäufer sobald als möglich mit.

3. Die Lieferfrist verlängert sich bzw. der Liefertermin verschiebt sich angemessen bei Maßnahmen im Rahmen rechtmäßiger Arbeitskämpfe, insbesondere Streiks und Aussperrung sowie beim Eintritt unvorhergesehener Hindernisse, sowie alle Arten höherer Gewalt, welche außerhalb des Einflussbereichs des Verkäufers oder seiner Erfüllungsgehilfen liegen, soweit solche Hindernisse nachweislich auf die Lieferung des verkauften Gegenstandes von Einfluss sind.

4. Entsprechendes gilt, wenn der Verkäufer seinerseits nicht rechtzeitig beliefert wird. Der Verkäufer ist zum Rücktritt berechtigt, wenn der Hersteller ihn nicht beliefert. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Nichtlieferung vom Verkäufer zu vertreten ist (z. B. Zahlungsverzug).

5. Die Einhaltung der Lieferfrist bzw. des Liefertermins setzt die Erfüllung der Vertragspflichten des Käufers voraus.

6. Für durch Verschulden seines Vorlieferanten verzögerte oder unterbliebene (Unmöglichkeit) Lieferungen hat der Verkäufer - ausgenommen Auswahl- oder Überwachungsverschulden - nicht einzustehen. Satz 1 gilt nicht, falls sich das Verhältnis zwischen Verkäufer und Käufer nach Werkvertragsrecht bestimmt. In jedem Fall ist der Verkäufer verpflichtet, den Käufer schadlos zu halten, sofern dieser die ihm abgetretenen Ansprüche gegenüber dem Zulieferer nicht vollständig durchsetzen kann.

7. Kommt der Verkäufer schuldhaft in Verzug und erwächst dem Käufer hieraus ein Schaden, so ist er berechtigt, eine pauschale Verzugsentschädigung zu verlangen, welche jedoch begrenzt ist auf höchstens 5 % vom Wert desjenigen Teils der Gesamtlieferung, der infolge der Verspätung nicht rechtzeitig oder nicht vertragsgemäß genutzt werden kann.

8. Der Verkäufer kann neben der gesetzlichen Frist des § 286 Abs. 3 BGB und der Mahnung den Käufer auch abweichend von der Frist nach Ziffer III.2. durch ein anderes nach dem Kalender bestimmtes Zahlungsziel im Sinne des § 286 Abs. 2 BGB in Verzug setzen.

V. Gefahrenübergang und Transport

1. Versandweg und -mittel sind mangels besonderer Vereinbarung der Wahl des Verkäufers überlassen. Die Ware wird auf Wunsch und Kosten des Käufers versichert.

2. Im Falle des Versandkaufes geht die Gefahr mit der Übergabe der Ware an den Spediteur oder Frachtführer, spätestens jedoch mit dem Verlassen des Lagers oder bei Direktversand ab Werk mit dem Verlassen des Werkes auf den Käufer über. Das gilt auch dann, wenn Teillieferungen erfolgen oder der Verkäufer noch weitere Leistungen übernommen hat.

3. Verzögert sich der Versand infolge von Umständen, die der Käufer zu vertreten hat, so geht die Gefahr vom Tage der Versandbereitschaft an auf den Käufer über.

4. Angelieferte Gegenstände sind, auch wenn sie unwesentliche Mängel aufweisen, vom Käufer unbeschadet der Rechte aus Abschnitt VII (Mängelrüge und Haftung für Mängel) entgegenzunehmen.

5. Teillieferungen sind zulässig soweit sie dem Käufer zumutbar sind.

VI. Eigentumsvorbehalt

1. Der Verkäufer behält sich das Eigentumsrecht bis zur völligen Bezahlung aller Forderungen aus der Geschäftsvereinbarung mit dem Käufer vor.

2. Der Käufer ist verpflichtet, den Kaufgegenstand pfleglich zu behandeln, gegen Eingriffe von dritter Seite zu sichern sowie - wenn dies schriftlich vereinbart wird, ein verlängertes Zahlungsziel eingeräumt ist oder es sich um einen Finanzierungskauf handelt - unverzüglich gegen Feuer, Diebstahl und Wasserschäden zum Neuwert zu versichern und dies auf Verlangen nachzuweisen; andernfalls ist der Verkäufer berechtigt, diese auf Kosten des Käufers selbst zu versichern. Der Käufer verpflichtet sich, etwaige Entschädigungsansprüche an den Verkäufer abzutreten.

3. Der Käufer darf den Kaufgegenstand ohne die Zustimmung des Verkäufers nicht verpfänden noch zur Sicherheit übereignen. Der Käufer ist verpflichtet, den Verkäufer bei Pfändungen oder sonstigen Eingriffen Dritter unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, damit der Verkäufer Klage gemäß § 771 ZPO erheben kann. Soweit der Dritte nicht in der Lage ist, dem Verkäufer die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten einer Klage nach § 771 ZPO zu erstatten, ist der Käufer zum Ausgleich der Kosten verpflichtet.

4. Der Käufer, der nicht Verbraucher ist, ist berechtigt, die Ware im ordnungsgemäßen Geschäftsgang weiter zu verkaufen. Er tritt dem Verkäufer aber bereits jetzt alle Forderungen in Höhe des Faktura-Endbetrages (einschl. MwSt.) des Verkäufers ab, die ihm aus der Weiterveräußerung gegen seine Abnehmer oder Dritte erwachsen, und zwar unabhängig davon, ob der Kaufgegenstand ohne oder nach Verarbeitung weiterverkauft worden ist. Zur Einziehung dieser Forderungen ist der Käufer auch nach Abtretung ermächtigt. Die Befugnis des Verkäufers, die Forderungen selbst einzuziehen, bleibt hiervon unberührt, jedoch verpflichtet sich der Verkäufer, die Forderungen nicht einzuziehen, solange der Käufer seinen Zahlungsverpflichtungen ordnungsgemäß nachkommt. Andernfalls kann der Verkäufer verlangen, dass der Käufer ihm die abgetretenen Forderungen und deren Schuldner bekannt gibt, alle zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazugehörigen Unterlagen aushändigt und den Schuldner die Abtretung mitteilt.

5. Soweit für den Kaufgegenstand ein Kfz-Brief ausgestellt ist, steht dem Verkäufer während der Dauer des Eigentumsvorbehalts das alleinige Recht zum Besitz des Kfz-Briefes zu.

6. Bei vertragswidrigem Verhalten des Käufers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Verkäufer zur Rücknahme der Ware nach Mahnung berechtigt und der Käufer zur Herausgabe verpflichtet. In der Zurücknahme

sowie in der Pfändung des Gegenstandes durch den Verkäufer liegt, sofern nicht die Bestimmungen des BGB über das Verbraucherdarlehen Anwendung finden, ein Rücktritt vom Vertrag nur dann vor, wenn dies der Verkäufer ausdrücklich schriftlich erklärt.

7. Sämtliche Kosten der Rücknahme und der Verwertung des Kaufgegenstandes trägt der Käufer. Die Verwertungskosten betragen ohne Nachweis 10 % des Verwertungserlöses einschließlich Umsatzsteuer. Sie sind höher oder niedriger anzusetzen, wenn der Verkäufer höhere oder der Käufer niedrigere Kosten nachweist. Der Erlös wird dem Käufer nach Abzug der Kosten und sonstiger mit dem Kaufvertrag zusammenhängender Forderungen des Verkäufers gutgebracht.

VII. Mängelansprüche

Für Sach- und Rechtsmängel der Lieferung leistet der Verkäufer unter Ausschluss weiterer Ansprüche - vorbehaltlich Abschnitt VIII. - Gewähr wie folgt:

Sachmängel:

1. Der Käufer hat die empfangene Ware unverzüglich nach Eintreffen auf Menge, Beschaffenheit und zugesicherte Eigenschaften zu untersuchen. Offensichtliche Mängel hat er unverzüglich zu rügen. Ist der Vertrag für beide Teile ein Handelsgeschäft, so setzen Mängelansprüche des Käufers voraus, dass dieser seinen nach § 377 HGB geschuldeten Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten ordnungsgemäß nachgekommen ist.

2. Soweit ein Mangel der Kaufsache vorliegt, ist der Verkäufer nach seiner Wahl der Nacherfüllung in Form einer Mangelbeseitigung oder zur Lieferung einer neuen mangelfreien Sache berechtigt. Im Falle der Mangelbeseitigung ist der Verkäufer verpflichtet, alle zum Zweck der Mangelbeseitigung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten zu tragen, soweit sich diese nicht dadurch erhöhen, dass die Kaufsache nach einem anderen Ort als den Erfüllungsort verbracht wurde. Bei einem Verbrauchergeschäft liegt das Wahlrecht beim Käufer, es sei denn, der Verkäufer wird durch die vom Käufer gewählte Art der Nacherfüllung mit Kosten belastet, die sich bei einer anderen Wahl nicht ergeben hätten, sofern dies ohne Nachteil für den Käufer bleibt. Ersetzte Teile werden Eigentum des Verkäufers.

3. Es wird keine Gewähr übernommen für Schäden, die aus nachfolgenden Gründen entstanden sind: Ungeeignete oder unsachgemäße Verwendung, fehlerhafte Montage bzw. Inbetriebsetzung durch den Käufer oder Dritte, versäumte Wartungsarbeiten, wenn diese üblich sind und /oder vom Hersteller empfohlen werden, normale Abnutzung - insbesondere von Verschleißteilen -, fehlerhafte oder nachlässige Behandlung, ungeeignete Betriebsmittel, Austauschwerkstoffe, mangelhafte Bauarbeiten, ungeeigneter Baugrund, chemische, elektronische oder elektrische Einflüsse, sofern sie nicht auf ein Verschulden des Verkäufers zurückzuführen sind.

4. Zur Vornahme aller dem Verkäufer notwendig erscheinenden Nachbesserungen bzw. Ersatzlieferungen hat der Käufer nach Verständigung mit dem Verkäufer die erforderliche Zeit und Gelegenheit zu geben; anderenfalls ist der Verkäufer von der Haftung für die daraus entstehenden Folgen befreit. Nur in dringenden Fällen der Gefährdung der Betriebssicherheit und zur Abwehr unverhältnismäßig großer Schäden, wobei der Verkäufer sofort zu verständigen ist, oder wenn der Verkäufer mit der Beseitigung des Mangels in Verzug ist, hat der Käufer das Recht, den Mangel selbst durch Dritte beseitigen zu lassen und vom Verkäufer Ersatz der notwendigen Kosten zu verlangen.

5. Für das Ersatzstück und die Ausbesserung beträgt die Gewährleistungsfrist 12 Monate. Die Frist für die Mängelhaftung an dem Liefergegenstand wird um die Dauer der durch die Nachbesserungsarbeiten verursachten Nutzungsunterbrechung verlängert.
6. Bessert der Käufer oder ein Dritter unsachgemäß nach, besteht keine Haftung des Verkäufers für die daraus entstehenden Folgen. Gleiches gilt für ohne vorherige Zustimmung des Verkäufers vorgenommene Änderungen des Liefergegenstandes.

7. Schlägt die Nacherfüllung fehl, so ist der Käufer nach seiner Wahl berechtigt, Rücktritt oder Minderung zu verlangen. Für die Nacherfüllung sind dem Verkäufer unter Berücksichtigung der Belastung für den Käufer

und der Kompliziertheit des Mangels in der Regel zwei Gelegenheiten innerhalb einer angemessenen Frist zu geben.

8. Der Verkäufer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen, sofern der Käufer Schadensersatzansprüche geltend macht, die auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit einschließlich von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit seiner Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen. Sofern dem Verkäufer keine vorsätzliche Vertragsverletzung angelastet wird, ist die Schadensersatzhaftung auf den vorhersehbaren, typischerweise entstehenden Schaden begrenzt.

9. Der Verkäufer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen, sofern er schuldhaft eine wesentliche Vertragspflicht verletzt; in diesem Fall ist aber die Schadensersatzhaftung auf den vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schaden begrenzt.

Rechtsmängel:

10. Führt die Benutzung der Kaufsache zur Verletzung von gewerblichen Schutzrechten oder Urheberrechten im Inland, wird der Verkäufer auf seine Kosten dem Käufer grundsätzlich das Recht zum weiteren Gebrauch verschaffen oder die Kaufsache in für den Käufer zumutbarer Weise derart modifizieren, dass die Schutzrechtsverletzung nicht mehr besteht. Ist dies zu wirtschaftlich angemessenen Bedingungen oder in angemessener Frist nicht möglich, ist der Käufer zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Unter den genannten Voraussetzungen steht auch dem Verkäufer ein Recht zum Rücktritt vom Vertrag zu. Darüber hinaus wird der Verkäufer den Käufer von unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Ansprüchen der betreffenden Schutzrechtsinhaber freistellen.

Verjährung:

11. Das Recht des Käufers, Ansprüche aus Mängeln geltend zu machen, verjährt in allen Fällen vom Zeitpunkt des Gefahrübergangs an in 12 Monaten, bei einem Verbrauchergeschäft in 12 Monaten. Für gebrauchte Waren übernimmt der Verkäufer gegenüber Verbrauchern für 12 Monate ab Gefahrübergang Gewährleistung. Im Falle des Verkaufs gebrauchter Waren an einen Unternehmer sind Gewährleistungsansprüche ausgeschlossen, wobei von diesem Gewährleistungsausschluss ausgenommen sind Ansprüche auf Schadensersatz aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, wenn der Verkäufer die Pflichtverletzung zu vertreten hat, und auf Ersatz sonstiger Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Verkäufers beruhen.

12. Die in Ziff. 10 genannten Verpflichtungen des Verkäufers sind vorbehaltlich Abschnitt VIII. für den Fall der Schutz- und Urheberrechtsverletzung abschließend. Sie bestehen nur, wenn

- der Käufer den Verkäufer unverzüglich von geltend gemachten Schutz- oder Urheberrechtsverletzungen unterrichtet,
- der Käufer den Verkäufer in angemessenem Umfang bei der Abwehr der geltend gemachten Ansprüche unterstützt bzw. dem Verkäufer die Durchführung der Modifizierungsmaßnahmen gem. Ziff. 9 ermöglicht,
- dem Verkäufer alle Abwehrmaßnahmen einschließlich außergerichtlicher Regelungen vorbehalten bleiben,
- der Rechtsmangel nicht auf eine Anweisung des Käufers beruht und
- die Rechtsverletzung nicht dadurch verursacht wurde, dass der Käufer die Kaufsache eigenmächtig geändert oder in einer nicht vertragsgemäßen Weise verwendet hat.

VIII. Allgemeine Haftungsbeschränkung

1. Die Haftung des Verkäufers richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Diese ist jedoch - gleichgültig aus welchem Rechtsgrund - ausgeschlossen, soweit eine nicht wesentliche Pflichtverletzung vorliegt, die weder vorsätzlich noch grob fahrlässig begangen wurde. Dies gilt bei Verbrauchergeschäften nicht, soweit Schäden an Leben, Körper oder Gesundheit entstanden sind oder zugunsten des Verkäufers eine Haftpflichtversicherungsdeckung besteht. In diesem Fall tritt der Verkäufer seinen Anspruch gegenüber der Versicherung an den Käufer ab.

2. Die vom Käufer gegenüber dem Verkäufer geltend zu machenden Ansprüche verjähren nach den gesetzlichen Bestimmungen, Abschnitt VII Ziff. 3 bleibt unberührt. Es besteht jedoch eine Ausschlussfrist von sechs Monaten, sofern der Verkäufer schriftlich einen Anspruch des Käufers als unbegründet zurückgewiesen hat, nach deren Ablauf der Käufer keine Rechte mehr geltend machen kann.

IX. Softwarenutzung

Soweit im Lieferumfang Software enthalten ist, wird dem Käufer ein nicht ausschließliches Recht eingeräumt, die gelieferte Software einschließlich ihrer Dokumentation zu nutzen. Sie wird zur Verwendung auf der dafür bestimmten Kaufsache überlassen. Eine Nutzung der Software auf mehr als einem System ist untersagt. Der Käufer darf die Software nur in gesetzlich zulässigem Umfang (§§ 69 a ff. UrhG) vervielfältigen, überarbeiten, übersetzen oder von dem Objektcode in den Quellcode umwandeln. Der Käufer verpflichtet sich, Herstellerangaben - insbesondere Copyright-Vermerke - nicht zu entfernen oder ohne vorherige ausdrückliche Zustimmung des Verkäufers zu verändern. Alle sonstigen Rechte an der Software und den Dokumentationen einschließlich der Kopien bleiben beim Verkäufer bzw. beim Softwarelieferanten. Die Vergabe von Unterlizenzen ist nicht zulässig.

X. Anzuwendendes Recht, Gerichtsstand,

Erfüllungsort

1. Alle Rechtsbeziehungen zwischen Verkäufer und Käufer richten sich ausschließlich nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

2. Gerichtsstand ist das für den Sitz des Verkäufers zuständige Gericht. Der Verkäufer ist jedoch berechtigt, am Hauptsitz des Bestellers Klage zu erheben.

3. Erfüllungsort ist, soweit sich aus dem Vertrag nichts anderes ergibt, 48432 Rheine.

Rückgabebefolgen:

Im Falle einer wirksamen Rückgabe sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren und gegebenenfalls gezogene Nutzungen (z. B. Gebrauchsvorteile) herauszugeben. Bei einer Verschlechterung der Ware kann die Firma Dumeta GmbH vom Besteller Wertersatz verlangen. Dies gilt nicht, wenn die Verschlechterung der Ware ausschließlich auf deren Prüfung - wie sie dem Besteller etwa im Ladengeschäft möglich gewesen wäre - zurückzuführen ist. Im Übrigen kann der Besteller die Wertersatzpflicht vermeiden, indem er die Ware nicht wie ein Eigentümer in Gebrauch nimmt und alles unterlässt, was deren Wert beeinträchtigt.

XI. Verbraucher

1. Ist der Vertragspartner ein Verbraucher so geltend die in den gesetzlichen Regelungen dargestellten besonderen Verbraucherschutzrechte. Insbesondere ist der Verbraucher auf sein bestehendes Widerrufsrecht durch gesonderte Widerrufsbelehrung hinzuweisen.

Teil B

Allgemeine Bedingungen für die Durchführung von Reparaturen/ Instandsetzungen (Reparaturbedingungen)

I. Allgemeines

1. Die nachstehenden Reparaturbedingungen gelten ausschließlich für alle abgeschlossenen Aufträge, Bestellungen und Verträge; entgegenstehende oder von diesen Reparaturbedingungen abweichende Bedingungen des Kunden erkennt der Auftragnehmer nicht an, es sei denn, er hat ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Diese Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers gelten auch dann, wenn er in Kenntnis entgegenstehender oder von seinen Geschäftsbedingungen abweichender Bedingungen des Kunden die Reparatur/Instandsetzung vorbehaltlos ausführt. Im weiteren wird nachstehend die Firma DUMETA GmbH als Auftragnehmer bezeichnet.

2. Liegt eine unwidersprochene schriftliche Auftragsbestätigung vor, so ist diese für den Inhalt des Vertrages und den Umfang der Reparatur

maßgebend.

3. Ist der Reparaturgegenstand nicht vom Auftragnehmer geliefert, so hat der Kunde auf bestehende gewerbliche Schutzrechte hinsichtlich des Gegenstandes hinzuweisen; sofern den Auftragnehmer kein Verschulden trifft, stellt der Kunde den Auftragnehmer von evtl. Ansprüchen Dritter aus gewerblichen Schutzrechten frei.

4. Der Auftrag umfasst die Ermächtigung, Unteraufträge zu erteilen, Probefahrten und Überprüfungen vorzunehmen.

II. Nicht durchführbare Reparatur

1. Die zur Abgabe eines Kostenvorschlages erbrachten Leistungen sowie der weitere entstandene und zu belegenden Aufwand (Fehlersuchzeit gleich Arbeitszeit) werden dem Kunden in Rechnung gestellt, wenn die Reparatur aus vom Auftragnehmer nicht zu vertretenden Gründen nicht durchgeführt werden kann, insbesondere weil

- a) der beanstandete Fehler bei der Inspektion nicht aufgetreten ist, - Ersatzteile nicht zu beschaffen sind,
- b) der Kunde den vereinbarten Termin schuldhaft versäumt hat,
- c) der Vertrag während der Durchführung gekündigt worden ist.

2. Der Reparaturgegenstand braucht nur auf ausdrücklichen Wunsch des Kunden gegen Erstattung der Kosten wieder in den Ursprungszustand zurückversetzt zu werden, es sei denn, dass die vorgenommenen Arbeiten nicht erforderlich waren.

3. Bei nicht durchführbarer Reparatur haftet der Auftragnehmer nicht für Schäden am Reparaturgegenstand, die Verletzung vertraglicher Nebenpflichten und für Schäden, die nicht am Reparaturgegenstand selbst entstanden sind, gleichgültig auf welchen Rechtsgrund sich der Kunde beruft. Der Auftragnehmer haftet dagegen bei Vorsatz, bei grober Fahrlässigkeit des Inhabers/der Organe oder leitender Angestellter, sowie bei schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Bei schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten haftet der Auftragnehmer - außer in den Fällen des Vorsatzes und der groben Fahrlässigkeit des Inhabers/der Organe oder leitender Angestellter - nur für den vertragstypischen, vernünftigerweise vorhersehbaren Schaden.

III. Kostenangaben, Kostenvorschlag

1. Soweit möglich, wird dem Kunden bei Vertragsabschluss der voraussichtliche Reparaturpreis angegeben, andernfalls kann der Kunde schriftliche Kostengrenzen setzen. Kann die Reparatur zu diesen Kosten nicht durchgeführt werden oder hält der Auftragnehmer während der Reparatur die Ausführung zusätzlicher Arbeiten für notwendig, so ist das Einverständnis des Kunden einzuholen, wenn die angegebenen Kosten um mehr als 20 % überschritten werden.

2. Wird vor der Ausführung der Reparatur ein Kostenvorschlag mit verbindlichen Preisansätzen gewünscht, so ist dies vom Kunden ausdrücklich zu verlangen. Ein derartiger Kostenvorschlag ist - soweit nicht anders vereinbart - nur verbindlich, wenn er schriftlich abgegeben wird. Die zur Abgabe des Kostenvorschlages erbrachten Leistungen werden dem Kunden nicht berechnet, soweit sie bei der Durchführung der Reparatur verwertet werden können, Punkt II.1 bleibt hiervon unberührt.

IV. Preise und Zahlung

1. Bei der Berechnung der Reparatur sind die Preise für verwendete Teile, Materialien und Sonderleistungen sowie die Preise für die Arbeitsleistungen, die Fahrt- und Transportkosten jeweils gesondert auszuweisen. Wird die Reparatur aufgrund eines verbindlichen Kostenvorschlages ausgeführt, so genügt eine Bezugnahme auf den Kostenvorschlag, wobei nur Abweichungen im Leistungsumfang besonders aufzuführen sind.

2. Die gesetzliche Mehrwertsteuer ist im Preis nicht enthalten. Sie wird in der jeweiligen gesetzlichen Höhe zusätzlich zu Lasten des Kunden

berechnet.

3. Eine etwaige Berichtigung der Rechnung seitens des Auftragnehmers und eine Beanstandung seitens des Kunden müssen schriftlich spätestens vier Wochen nach Zugang der Rechnung erfolgen.

4. Die Zahlung ist bei Abnahme und Aushändigung oder Übersendung der Rechnung sofort und ohne jeden Abzug zu leisten.

5. Der Auftragnehmer ist berechtigt, eine angemessene Vorauszahlung zu verlangen.

6. Aufrechnungsrechte stehen dem Kunden nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Auftragnehmer anerkannt sind. Außerdem ist er zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

7. Zahlungen dürfen an Angestellte des Auftragnehmers erfolgen, wenn diese eine gültige Inkassovollmacht vorweisen.

V. Mitwirkung und technische Hilfeleistung des Kunden bei Reparatur außerhalb des Betriebes des Auftragnehmers

1. Der Kunde hat das Reparaturpersonal bei der Durchführung der Reparatur auf seine Kosten zu unterstützen.

2. Der Kunde hat die zum Schutz von Personen und Sachen am Reparaturplatz notwendigen speziellen Maßnahmen zu treffen. Er hat auch den Reparaturleiter über bestehende spezielle Sicherheitsvorschriften zu unterrichten, soweit diese für das Reparaturpersonal von Bedeutung sind. Er benachrichtigt den Auftragnehmer von Verstößen des Reparaturpersonals gegen solche Sicherheitsvorschriften. Bei schwerwiegenden Verstößen kann er dem Zuwiderhandelnden im Benehmen mit dem Reparaturleiter den Zutritt zur Reparaturstelle verweigern.

3. Der Kunde ist auf seine Kosten zur technischen Hilfeleistung verpflichtet, insbesondere zu:

a) Bereitstellung der notwendigen, geeigneten Hilfskräfte in der für die Reparatur erforderlichen Zahl und für die erforderliche Zeit; die Hilfskräfte haben die Weisungen des Reparaturleiters zu befolgen. Der Auftragnehmer übernimmt für die Hilfskräfte keine Haftung. Ist durch die Hilfskräfte ein Mangel oder Schaden aufgrund von Weisungen des Reparaturleiters entstanden, so gelten die Regelungen der Abschnitte X und XI entsprechend.

b) Vornahme aller Bau-, Bettungs- und Gerüstarbeiten einschließlich Beschaffung der notwendigen Baustoffe.

c) Bereitstellung der erforderlichen Vorrichtungen und schweren Werkzeuge sowie der erforderlichen Bedarfsgegenstände und -stoffe.

d) Bereitstellung von Heizung, Beleuchtung, Betriebskraft, Wasser, einschließlich der erforderlichen Anschlüsse.

e) Bereitstellung notwendiger, trockener und verschließbarer Räume für die Aufbewahrung des Werkzeugs des Reparaturpersonals.

f) Schutz der Reparaturstelle und -materialien vor schädlichen Einflüssen jeglicher Art, Reinigen der Reparaturstelle.

g) Bereitstellung geeigneter, diebstahlsicherer Aufenthaltsräume und Arbeitsräume (mit Beheizung, Beleuchtung, Waschgelegenheit, sanitärer Einrichtung) und Erster Hilfe für das Reparaturpersonal.

h) Bereitstellung der Materialien und Vornahme aller sonstigen Handlungen, die zur Einregulierung des Reparaturgegenstandes und zur Durchführung einer vertraglich vorgesehenen Erprobung notwendig sind.

Die vorgenannten Hilfeleistungsmaßnahmen sind in dem jeweils notwendigen Rahmen vor Beginn der Reparatur schriftlich festzulegen.

4. Die technische Hilfeleistung des Kunden muss gewährleisten, dass die Reparatur unverzüglich nach Ankunft des Reparaturpersonals begonnen und ohne Verzögerung bis zur Abnahme durch den Kunden durchgeführt werden kann. Soweit besondere Pläne oder Anleitungen des Auftragnehmers erforderlich sind, stellt dieser sie dem Kunden rechtzeitig zur Verfügung.

5. Kommt der Kunde seinen Pflichten nicht nach, so ist der Auftragnehmer nach Fristsetzung berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die dem Kunden obliegenden Handlungen an dessen Stelle und auf dessen Kosten vorzunehmen. Im Übrigen bleiben die gesetzlichen Rechte und Ansprüche des Auftragnehmers unberührt.

VI. Transport und Versicherung bei Reparatur im Betrieb des Auftragnehmers

1. Wenn nichts anderes schriftlich vereinbart ist, wird ein auf Verlangen des Kunden durchgeführter An- und Abtransport des Reparaturgegenstandes - einschließlich einer etwaigen Verpackung und Verladung - auf seine Rechnung durchgeführt, andernfalls wird der Reparaturgegenstand vom Kunden auf seine Kosten beim Auftragnehmer angeliefert und nach Durchführung der Reparatur beim Auftragnehmer durch den Kunden wieder abgeholt.

2. Der Kunde trägt die Transportgefahr.

3. Auf Wunsch des Kunden wird auf seine Kosten der Hin- und ggf. der Rücktransport gegen die versicherbaren Transportgefahren, z. B. Diebstahl, Bruch, Feuer, versichert.

4. Während der Reparaturzeit im Betrieb des Auftragnehmers besteht kein Versicherungsschutz für die zu reparierende Sache.

Der Kunde hat für die Aufrechterhaltung des bestehenden Versicherungsschutzes für den Reparaturgegenstand z. B. hinsichtlich Feuer, Leitungswasser, Sturm und Maschinenbruch zu sorgen. Nur auf ausdrücklichen Wunsch und auf Kosten des Kunden kann Versicherungsschutz für diese Gefahren besorgt werden.

5. Bei Verzug des Kunden mit der Übernahme kann der Auftragnehmer für Lagerung in seinem Betrieb Lagergeld berechnen. Der Reparaturgegenstand kann nach Ermessen des Auftragnehmers auch anderweitig aufbewahrt werden. Kosten und Gefahr der Lagerung gehen zu Lasten des Kunden.

VII. Reparaturfrist

1. Die Angaben über die Reparaturfristen beruhen auf Schätzungen und sind daher nicht verbindlich.

2. Die Vereinbarung einer verbindlichen Reparaturfrist, die als verbindlich bezeichnet sein und schriftlich erfolgen muss, kann der Kunde erst dann verlangen, wenn der Umfang der Arbeiten genau feststeht.

3. Die verbindliche Reparaturfrist ist eingehalten, wenn bis zu ihrem Ablauf der Reparaturgegenstand zur Übernahme durch den Kunden, im Falle einer vertraglich vorgesehenen Erprobung zu deren Vornahme, bereit ist.

4. Bei später erteilten Zusatz- und Erweiterungsaufträgen oder bei notwendigen zusätzlichen Reparaturarbeiten verlängert sich die vereinbarte Reparaturfrist entsprechend.

5. Verzögert sich die Reparatur durch Maßnahmen im Rahmen von Arbeitskämpfen, insbesondere Streik und Aussperrung, sowie den Eintritt von Umständen, die vom Auftragnehmer nicht verschuldet sind, so tritt, soweit solche Hindernisse nachweislich auf die Fertigstellung der Reparatur von erheblichem Einfluss sind, eine angemessene Verlängerung der Reparaturfrist ein; dies gilt auch dann, wenn solche Umstände eintreten, nachdem der Auftragnehmer in Verzug geraten ist.

VIII. Abnahme

1. Der Kunde ist zur Abnahme der Reparaturarbeit verpflichtet, sobald ihm deren Beendigung angezeigt worden ist und eine etwa vertraglich vorgesehene Erprobung des Reparaturgegenstandes stattgefunden hat. Erweist sich die Reparatur als nicht vertragsgemäß, so ist der Auftragnehmer zur Beseitigung des Mangels verpflichtet. Dies gilt nicht, wenn der Mangel für die Interessen des Kunden unerheblich ist oder auf einem Umstand beruht, der dem Kunden zuzurechnen ist. Liegt ein nicht wesentlicher Mangel vor, so kann der Kunde die Abnahme nicht verweigern.

2. Verzögert sich die Abnahme ohne Verschulden des Auftragnehmers, so gilt die Abnahme nach Ablauf von zwei Wochen ab Anzeige der Beendigung der Reparatur als erfolgt.

3. Mit der Abnahme entfällt die Haftung des Auftragnehmers für erkennbare Mängel, soweit sich der Kunde nicht die Geltendmachung eines bestimmten Mangels vorbehalten hat.

IX. Eigentumsvorbehalt, erweitertes Pfandrecht

1. Der Auftragnehmer behält sich das Eigentum an allen verwendeten Zubehör- und Ersatzteilen und Austauschaggregaten bis zum Eingang aller Zahlungen aus dem Reparaturvertrag vor. Weitergehende Sicherungsvereinbarungen können getroffen werden. Wenn und soweit nichts anderes vereinbart worden ist, gehen ersetzte Teile in das Eigentum des Auftragnehmers über.

2. Dem Auftragnehmer steht wegen seiner Forderung aus dem Reparaturvertrag ein Pfandrecht an dem aufgrund des Vertrages in seinen Besitz gelangten Reparaturgegenstand des Kunden zu. Das Pfandrecht kann auch wegen Forderungen aus früher durchgeführten Arbeiten, Ersatzteillieferungen und sonstigen Leistungen geltend gemacht werden, soweit sie mit dem Reparaturgegenstand in Zusammenhang stehen. Für sonstige Ansprüche aus der Geschäftsverbindung gilt das Pfandrecht nur, soweit diese unbestritten oder rechtskräftig sind.

X. Mängelansprüche

1. Nach Abnahme der Reparatur haftet der Auftragnehmer für Mängel der Reparatur unter Ausschluss aller anderen Ansprüche des Kunden unbeschadet Abschnitt X. 5 und Abschnitt XI in der Weise, dass er die Mängel zu beseitigen hat. Der Kunde hat einen festgestellten Mangel unverzüglich schriftlich dem Auftragnehmer anzuzeigen.

2. Die Haftung des Auftragnehmers besteht nicht, wenn der Mangel für die Interessen des Kunden unerheblich ist oder auf einem Umstand beruht, den er nicht zu vertreten hat oder der dem Kunden zuzurechnen ist. Dies gilt insbesondere bezüglich der vom Kunden beigestellten Teile.

3. Bei etwa seitens des Kunden oder Dritter unsachgemäß ohne vorherige Zustimmung des Auftragnehmers vorgenommenen Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten wird die Haftung des Auftragnehmers für die daraus entstehenden Folgen aufgehoben. Nur in dringenden Fällen der Gefährdung der Betriebssicherheit und zur Abwehr unverhältnismäßig großer Schäden, wobei der Auftragnehmer sofort zu verständigen ist, oder wenn der Auftragnehmer eine ihm gesetzte angemessene Frist zur Mängelbeseitigung hat verstreichen lassen, hat der Kunde das Recht, den Mangel selbst oder durch Dritte beseitigen zu lassen und vom Auftragnehmer Ersatz der notwendigen Kosten zu verlangen.

4. Von den durch die Mängelbeseitigung entstehenden unmittelbaren Kosten trägt der Auftragnehmer - soweit sich die Beanstandung als berechtigt herausstellt - die Kosten des Ersatzstückes einschließlich des Versandes. Er trägt außerdem die Kosten des Aus- und Einbaus sowie die Kosten der etwa erforderlichen Gestellung der notwendigen Monteure und Hilfskräfte einschließlich Fahrtkosten, soweit hierdurch keine unverhältnismäßige Belastung des Auftragnehmers eintritt.

5. Lässt der Auftragnehmer - unter Berücksichtigung der gesetzlichen Ausnahmefälle - eine ihm gestellte angemessene Frist für die Mängelbeseitigung fruchtlos verstreichen, so hat der Kunde im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften ein Minderungsrecht. Das Minderungsrecht des Kunden besteht auch in sonstigen Fällen des Fehlschlagens der Mängelbeseitigung. Nur wenn die Reparatur trotz der Minderung für den

Kunden nachweisbar ohne Interesse ist, kann der Kunde vom Vertrag zurücktreten.

XI. Haftung des Auftragnehmers, Haftungsausschluss

1. Werden Teile des Reparaturgegenstandes durch Verschulden des Auftragnehmers beschädigt, so hat der Auftragnehmer diese nach seiner Wahl auf seine Kosten zu reparieren oder neu zu liefern. Die Ersatzpflicht beschränkt sich der Höhe nach auf den vertraglichen Reparaturpreis. Im Übrigen gilt Abschnitt XI. 3 entsprechend.
2. Wenn durch Verschulden des Auftragnehmers der Reparaturgegenstand vom Kunden infolge unterlassener oder fehlerhafter Ausführung von vor oder nach Vertragsschluss erfolgten Vorschlägen und Beratungen sowie anderen vertraglichen Nebenverpflichtungen - insbesondere Anleitung für Bedienung und Wartung des Reparaturgegenstandes - nicht vertragsgemäß verwendet werden kann, so gelten unter Ausschluss weiterer Ansprüche des Kunden die Regelungen der Abschnitte X und XI. 1 und 3 entsprechend.
3. Für Schäden, die nicht am Reparaturgegenstand selbst entstanden sind, haftet der Auftragnehmer - aus welchen Rechtsgründen auch immer - nur
 - a) bei Vorsatz,
 - b) bei grober Fahrlässigkeit des Inhabers/der Organe oder leitender Angestellter,
 - c) bei schuldhafter Verletzung von Leben, Körper, Gesundheit,
 - d) bei Mängeln, die er arglistig verschwiegen oder deren Abwesenheit er garantiert hat,
 - e) soweit nach Produkthaftungsgesetz für Personen- oder Sachschäden an privat genutzten Gegenständen gehaftet wird. Bei schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten haftet der Auftragnehmer auch bei grober Fahrlässigkeit nicht leitender Angestellter und bei leichter Fahrlässigkeit, in letzterem Fall begrenzt auf den vertragstypischen, vernünftigerweise vorhersehbaren Schaden.
Weitere Ansprüche sind ausgeschlossen.

XII. Verjährung

Alle Ansprüche des Kunden - aus welchen Rechtsgründen auch immer - verjähren in 12 Monaten. Für Schadensersatzansprüche nach Abschnitt XI. 3.a - e gelten die gesetzlichen Vorschriften. Erbringt der Auftragnehmer die Reparaturarbeiten an einem Bauwerk und verursacht er dadurch dessen Mangelhaftigkeit, gelten ebenfalls die gesetzlichen Fristen.

XIII. Ersatzleistung des Kunden

Werden bei Reparaturarbeiten außerhalb des Betriebes des Auftragnehmers ohne Verschulden des Auftragnehmers die von ihm gestellten Vorrichtungen oder Werkzeuge auf dem Reparaturplatz beschädigt oder geraten sie ohne sein Verschulden in Verlust, so ist der Kunde zum Ersatz dieser Schäden verpflichtet. Schäden, die auf normale Abnutzung zurückzuführen sind, bleiben außer Betracht.

XIV. Anwendbares Recht, Gerichtsstand, Erfüllungsort

1. Für alle Rechtsbeziehungen zwischen dem Auftragnehmer und dem Kunden gilt ausschließlich das für die Rechtsbeziehungen inländischer Parteien untereinander maßgebliche Recht der Bundesrepublik Deutschland.
2. Gerichtsstand ist das für den Sitz des Auftragnehmers zuständige Gericht. Der Auftragnehmer ist jedoch berechtigt, am Hauptsitz des Kunden Klage zu erheben.
3. Erfüllungsort ist, soweit sich aus dem Vertrag nichts anderes ergibt, 48432 Rheine.

XV. Verbraucher

1. Ist der Vertragspartner ein Verbraucher so geltend die in den gesetzlichen Regelungen dargestellten besonderen Verbraucherschutzrechte. Insbesondere ist der Verbraucher auf sein bestehendes Widerrufsrecht durch gesonderte Widerrufsbelehrung hinzuweisen.

Teil C

Allgemeine Bedingungen für die Durchführung von Montagen (Montagebedingungen)

I. Allgemeines

Die nachstehenden Montagebedingungen gelten ausschließlich für alle von DUMETA GmbH erbrachten Montageleistungen; entgegenstehende oder von ihnen abweichende Bedingungen des Bestellers erkennt der Montageunternehmer nicht an, es sei denn, er hat ausdrücklich schriftlich deren Geltung zugestimmt. Diese Montagebedingungen gelten auch dann, wenn der Montageunternehmer in Kenntnis entgegenstehender oder von seinen Montagebedingungen abweichender Bedingungen des Bestellers die Montage vorbehaltlos ausführt.

II. Montagepreis

1. Die Montage wird nach Zeitaufwand abgerechnet, falls nicht ausdrücklich ein Pauschalpreis vereinbart ist.
2. Die vereinbarten Beträge verstehen sich ohne Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer wird in der gesetzlichen Höhe zusätzlich zu Lasten des Bestellers berechnet.
3. Die Zahlung ist bei Abnahme und Aushändigung oder Übersendung der Rechnung sofort und ohne jeden Abzug zu leisten.
4. Der Montageunternehmer ist berechtigt, eine angemessene Vorauszahlung zu verlangen.
5. Aufrechnungsrechte stehen dem Besteller nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Montageunternehmer anerkannt sind. Außerdem ist er zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.
6. Zahlungen mit befreiender Wirkung dürfen an Angestellte des Montageunternehmers nur erfolgen, wenn diese eine gültige Inkassovollmacht vorweisen.

III. Mitwirkung des Bestellers

1. Der Besteller hat das Montagepersonal bei der Durchführung der Montage auf seine Kosten zu unterstützen.
2. Er hat die zum Schutz von Personen und Sachen am Montageplatz notwendigen speziellen Maßnahmen zu treffen. Er hat auch den Montageleiter über bestehende spezielle Sicherheitsvorschriften zu unterrichten, soweit diese für das Montagepersonal von Bedeutung sind. Er benachrichtigt den Montageunternehmer von Verstößen des Montagepersonals gegen solche Sicherheitsvorschriften. Bei schwerwiegenden Verstößen kann er dem Zuwiderhandelnden im Benehmen mit dem Montageleiter den Zutritt zur Montagestelle verweigern.

IV. Technische Hilfeleistung des Bestellers

1. Der Besteller ist auf seine Kosten zur technischen Hilfeleistung verpflichtet, insbesondere zu:
 - a) Bereitstellung der notwendigen, geeigneten Hilfskräfte (z.B. Maurer, Zimmerleute, Schlosser und sonstige Fachkräfte, Handlanger) in der für die Montage erforderlichen Zahl und für die erforderliche Zeit; die

Hilfskräfte haben die Weisungen des Montageleiters zu befolgen. Der Montageunternehmer übernimmt für die Hilfskräfte keine Haftung. Ist durch die Hilfskräfte ein Mangel oder Schaden aufgrund von Weisungen des Montageleiters entstanden, so gelten Abschnitt VII und Abschnitt VIII.

b) Vornahme aller Erd-, Bau-, Bettungs- und Gerüstarbeiten einschließlich Beschaffung der notwendigen Baustoffe.

c) Bereitstellung der erforderlichen Vorrichtungen und schweren Werkzeuge (z. B. Hebezeuge, Kompressoren, Feldschmieden) sowie der erforderlichen Bedarfsgegenstände und -stoffe (z. B. Rüsthölzer, Keile, Unterlagen, Zement, Putz- und Dichtungsmaterial, Schmiermittel, Brennstoffe, Treibseile und -riemen).

d) Bereitstellung von Heizung, Beleuchtung, Betriebskraft, Wasser, einschließlich der erforderlichen Anschlüsse.

e) Bereitstellung notwendiger, trockener und verschleißbarer Räume für die Aufbewahrung des Werkzeugs des Montagepersonals.

f) Transport der Montageteile am Montageplatz, Schutz der Montagestelle und -materialien vor schädlichen Einflüssen jeglicher Art, Reinigen der Montagestelle.

g) Bereitstellung geeigneter, diebssicherer Aufenthaltsräume und Arbeitsräume (mit Beheizung, Beleuchtung, Waschgelegenheit, sanitärer Einrichtung) und Erster Hilfe für das Montagepersonal.

h) Bereitstellung der Materialien und Vornahme aller sonstigen Handlungen, die zur Einregulierung des zu montierenden Gegenstandes und zur Durchführung einer vertraglich vorgesehenen Erprobung notwendig sind. Die vorgenannten Hilfeleistungen sind vor Beginn der Montageleistungen schriftlich zwischen den Vertragspartnern im Einzelnen darzulegen auch und insbesondere im Hinblick auf zusätzliche Kosten.

2. Die technische Hilfeleistung des Bestellers muss gewährleisten, dass die Montage unverzüglich nach Ankunft des Montagepersonals begonnen und ohne Verzögerung bis zur Abnahme durch den Besteller durchgeführt werden kann. Soweit besondere Pläne oder Anleitungen des Montageunternehmers erforderlich sind, stellt dieser sie dem Besteller rechtzeitig zur Verfügung. 3. Kommt der Besteller seinen Pflichten nicht nach, so ist der Montageunternehmer nach Fristsetzung berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, die dem Besteller obliegenden Handlungen an dessen Stelle und auf dessen Kosten vorzunehmen. Im Übrigen bleiben die gesetzlichen Rechte und Ansprüche des Montageunternehmers unberührt.

V. Montagefrist, Montageverzögerung

1. Die Montagefrist ist eingehalten, wenn bis zu ihrem Ablauf die Montage zur Abnahme durch den Besteller, im Falle einer vertraglich vorgesehenen Erprobung zu deren Vornahme, bereit ist.

2. Verzögert sich die Montage durch Maßnahmen im Rahmen von Arbeitskämpfen, insbesondere Streik und Aussperrung, sowie den Eintritt von Umständen, die vom Montageunternehmer nicht verschuldet sind, so tritt, soweit solche Hindernisse nachweislich auf die Fertigstellung der Montage von erheblichem Einfluss sind, eine angemessene Verlängerung der Montagefrist ein; dies gilt auch dann, wenn solche Umstände eintreten, nachdem der Montageunternehmer in Verzug geraten ist.

VI. Abnahme

1. Der Besteller ist zur Abnahme der Montage verpflichtet, sobald ihm deren Beendigung angezeigt worden ist und eine etwa vertraglich vorgesehene Erprobung des montierten Gegenstandes stattgefunden hat. Erweist sich die Montage als nicht vertragsgemäß, so ist der Montageunternehmer zur Beseitigung des Mangels verpflichtet. Dies gilt nicht, wenn der Mangel für die Interessen des Bestellers unerheblich ist oder auf einem Umstand beruht, der dem Besteller zuzurechnen ist. Liegt ein nicht wesentlicher Mangel vor, so kann der Besteller die Abnahme nicht verweigern.

2. Verzögert sich die Abnahme ohne Verschulden des Montageunternehmers, so gilt die Abnahme nach Ablauf zweier Wochen

seit Anzeige der Beendigung der Montage als erfolgt.

3. Mit der Abnahme entfällt die Haftung des Montageunternehmers für erkennbare Mängel, soweit sich der Besteller nicht die Geltendmachung eines bestimmten Mangels vorbehalten hat.

VII. Mängelansprüche

1. Nach Abnahme der Montage haftet der Montageunternehmer für Mängel der Montage, unter Ausschluss aller anderen Ansprüche des Bestellers unbeschadet Abschnitt VII. 5 und Abschnitt VIII in der Weise, dass er die Mängel zu beseitigen hat. Der Besteller hat einen festgestellten Mangel unverzüglich dem Montageunternehmer anzuzeigen.

2. Die Haftung des Montageunternehmers besteht nicht, wenn der Mangel für die Interessen des Bestellers unerheblich ist oder auf einem Umstand beruht, der dem Besteller zuzurechnen ist.

3. Bei etwa seitens des Bestellers oder Dritter unsachgemäß ohne vorherige Genehmigung des Montageunternehmers vorgenommenen Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten wird die Haftung des Montageunternehmers für die daraus entstehenden Folgen aufgehoben. Nur in dringenden Fällen der Gefährdung der Betriebssicherheit und zur Abwehr unverhältnismäßig großer Schäden, wobei der Montageunternehmer sofort zu verständigen ist, oder wenn der Montageunternehmer eine ihm gesetzte angemessene Frist zur Mängelbeseitigung hat verstreichen lassen, hat der Besteller das Recht, den Mangel selbst oder durch Dritte beseitigen zu lassen und vom Montageunternehmer Ersatz der notwendigen Kosten zu verlangen.

4. Von den durch die Mängelbeseitigung entstehenden unmittelbaren Kosten trägt der Montageunternehmer - soweit sich die Beanstandung als berechtigt herausstellt - die Kosten des Ersatzstückes einschließlich des Versandes. Er trägt außerdem die Kosten des Aus- und Einbaus sowie die Kosten der etwa erforderlichen Gestellung der notwendigen Monteure und Hilfskräfte einschließlich Fahrtkosten, soweit hierdurch keine unverhältnismäßige Belastung des Montageunternehmers eintritt.

5. Lässt der Montageunternehmer - unter Berücksichtigung der gesetzlichen Ausnahmefälle - eine ihm gestellte angemessene Frist für die Mängelbeseitigung fruchtlos verstreichen, so hat der Besteller im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften ein Minderungsrecht. Das Minderungsrecht des Bestellers besteht auch in sonstigen Fällen des Fehlschlagens der Mängelbeseitigung. Nur wenn die Montage trotz der Minderung für den Besteller nachweisbar ohne Interesse ist, kann der Besteller vom Vertrag zurücktreten.

VIII. Haftung des Montageunternehmers, Haftungsausschluss

1. Wird bei der Montage ein vom Montageunternehmer geliefertes Montageteil durch Verschulden des Montageunternehmers beschädigt, so hat dieser es nach seiner Wahl auf seine Kosten wieder instand zu setzen oder neu zu liefern.

2. Wenn durch Verschulden des Montageunternehmers der montierte Gegenstand vom Besteller infolge unterlassener oder fehlerhafter Ausführung von vor oder nach Vertragsschluss erfolgten Vorschlägen und Beratungen sowie anderen vertraglichen Nebenverpflichtungen - insbesondere Anleitung für Bedienung und Wartung des montierten Gegenstandes - nicht vertragsgemäß verwendet werden kann, so gelten unter Ausschluss weiterer Ansprüche des Bestellers die Regelungen der Abschnitte VII und VIII. 1 und 3 entsprechend.

3. Für Schäden, die nicht am Montagegegenstand selbst entstanden sind, haftet der Montageunternehmer - aus welchen Rechtsgründen auch immer - nur

a) bei Vorsatz,

b) bei grober Fahrlässigkeit des Inhabers/der Organe oder leitender Angestellter,

c) bei schuldhafter Verletzung von Leben, Körper, Gesundheit,

d) bei Mängeln, die er arglistig verschwiegen oder deren Abwesenheit er garantiert hat,

e) soweit nach Produkthaftungsgesetz für Personen- oder Sachschäden an privat genutzten Gegenständen gehaftet wird. Bei schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten haftet der Montageunternehmer auch bei grober Fahrlässigkeit nicht leitender Angestellter und bei leichter Fahrlässigkeit, in letzterem Fall begrenzt auf den vertragstypischen, vernünftigerweise vorhersehbaren Schaden. Weitere Ansprüche sind ausgeschlossen.

IX. Verjährung

Alle Ansprüche des Bestellers - aus welchen Rechtsgründen auch immer - verjähren in 12 Monaten. Für Schadensersatzansprüche nach Abschnitt VIII. 3.a - e gelten die gesetzlichen Fristen. Erbringt der Montageunternehmer die Montageleistung an einem Bauwerk und verursacht er dadurch dessen Mangelhaftigkeit, gelten ebenfalls die gesetzlichen Fristen.

X. Ersatzleistung des Bestellers

Werden ohne Verschulden des Montageunternehmers die von ihm gestellten Vorrichtungen oder Werkzeuge auf dem Montageplatz beschädigt oder geraten sie ohne sein Verschulden in Verlust, so ist der Besteller zum Ersatz dieser Schäden verpflichtet. Schäden, die auf normale Abnutzung zurückzuführen sind, bleiben außer Betracht.

XI. Anwendbares Recht, Gerichtsstand

1. Für alle Rechtsbeziehungen zwischen dem Montageunternehmer und dem Besteller gilt ausschließlich das für die Rechtsbeziehungen inländischer Parteien untereinander maßgebliche Recht der Bundesrepublik Deutschland.

2. Gerichtsstand ist 48432 Rheine.

XII. Verbraucher

1. Ist der Vertragspartner ein Verbraucher so geltend die in den gesetzlichen Regelungen dargestellten besonderen Verbraucherschutzrechte. Insbesondere ist der Verbraucher auf sein bestehendes Widerrufsrecht durch gesonderte Widerrufsbelehrung hinzuweisen.

Teil D

Allgemeine Bedingungen für Vermietungen (Mietbedingungen)

I. Allgemeines

Die nachstehenden Mietbedingungen gelten für alle Verträge mit einem mietrechtlichen und oder leasingrechtlichen Bezug der Firma DUMETA GmbH (im Folgendem Vermieter genannt); entgegenstehende oder von diesen Mietbedingungen abweichende Bedingungen des Mieters erkennt der Vermieter nicht an, es sei denn, er hätte ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Diese Mietbedingungen des Vermieters gelten auch dann, wenn er in Kenntnis entgegenstehender oder von seinen Mietbedingungen abweichender Bedingungen des Mieters die Vermietung vorbehaltlos ausführt.

II. Eigentum

1. Die Mietsache bleibt während der Dauer des Mietvertrages Eigentum des

Vermieters.

2. Wird die Mietsache mit einem Grundstück verbunden oder in ein Gebäude oder in eine Anlage eingefügt, so geschieht dies stets nur zu einem vorübergehenden Zweck i.S.d. § 95 BGB mit der Absicht der Trennung bei Beendigung des Mietverhältnisses.

III. Art des Gebrauchs durch den Mieter

1. Der Mieter darf einem Dritten weder die Mietsache weitervermieten noch Rechte aus dem Mietvertrag abtreten noch den Gebrauch oder die Mitbenutzung in sonstiger Weise überlassen oder gestatten. Die Verpfändung oder Sicherungsübereignung ist nicht zulässig.

2. Der Mieter darf die Mietsache nur an dem im Mietvertrag bestimmten Ort aufstellen und den Standort der Mietsache nicht ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung des Vermieters verändern.

3. Der Mieter darf die Mietsache nur bestimmungsgemäß und zu den im Mietvertrag genannten Zwecken gebrauchen. Der Mieter darf keine Veränderungen an der Mietsache vornehmen.

4. Der Mieter darf vom Vermieter an der Mietsache angebrachte Eigentumshinweise, Schilder, Nummern oder andere Aufschriften nicht beschädigen, abändern, entfernen oder unkenntlich machen. Der Mieter darf keine eigene oder durch ihn zugelassene Werbung an der Mietsache betreiben oder betreiben lassen.

IV. Übergabe der Mietsache

1. Der Vermieter hat die Mietsache in betriebsfähigem Zustand zur Abholung bereitzuhalten oder zum Versand zu bringen. Mit der Abholung/Absendung geht die Gefahr auf den Mieter über. Die Mietsache wird - wenn und soweit vereinbart - auf dessen Kosten und Gefahr des Mieters vom Betriebsgelände des Vermieters abgeholt und zu diesem nach Ablauf der Mietzeit zurückgebracht. Bei An- und Abtransport durch den hierzu gesondert beauftragten Vermieter handeln die eingesetzten Personen als Erfüllungsgehilfen des Mieters.

2. Dem Mieter steht es frei, die Mietsache rechtzeitig vor Absendung/Abholung auf seine Kosten zu besichtigen.

3. Die Termin Einhaltung durch den Vermieter setzt die Erfüllung der Vertragspflichten seitens des Mieters voraus.

4. Der Abhol-, Absendungs- oder Übergabetermin verschiebt sich um eine angemessene Zeit bei Maßnahmen im Rahmen von Arbeitskämpfen, insbesondere Streik und Aussperrung, sowie beim Eintritt unvorhersehbarer Ereignisse, die außerhalb des Willens des Vermieters liegen, soweit solche Hindernisse nachweislich auf den Termin von erheblichem Einfluss sind.

5. Der Vermieter ist bei Annahmeverzug des Mieters berechtigt,

a) den Vertrag nach Mahnung fristlos zu kündigen oder

b) dem Mieter eine angemessene Frist zur Abholung bzw. Annahme mit der Erklärung zu bestimmen, dass er nach Ablauf der Frist anderweitig über die Mietsache verfügen und ihm mit angemessen verlängerter Frist eine entsprechende Mietsache zur Verfügung stellen werde.

6. Wird die Übergabe auf Wunsch des Mieters verzögert, so werden diesem die dem Vermieter durch die Verzögerung entstehenden Kosten berechnet.

V. Gefahrtragung, Verkehrssicherungspflicht

1. Der Mieter trägt die Gefahr für die Mietsache für den gesamten Zeitraum vom Verlassen des Betriebes des Vermieters oder des sonstigen Standorts bis zum Wiedereingang beim Vermieter.

2. Verzögert sich das Verlassen des Betriebes des Vermieters oder des sonstigen Standortes durch ein Verhalten des Mieters, so geht die Gefahr

ab dem Verzögerungsbeginn auf den Mieter über.

3. Die Ziffern 1 und 2 gelten auch für einzelne Teile der Mietsache oder auch dann, wenn der Vermieter noch andere Leistungen übernommen hat, z. B. den Versand oder die Aufstellung bzw. Montage/Demontage.

4. Die Verkehrssicherungspflicht obliegt während der Miet- und Nutzungszeit der Mietsache dem Mieter. Er stellt den Vermieter von allen Ansprüchen aus einer Verletzung der Verkehrssicherungspflicht in Bezug auf die Mietsache im Innenverhältnis frei.

VI. Montage und Demontage

1. Übernimmt der Vermieter die Montage bzw. nach Vertragsbeendigung die Demontage, sind dafür besondere Vereinbarungen zu treffen.

2. Der Mieter hat rechtzeitig für geeignete Räume und passende Energiequellen zu sorgen.

VII. Transport und Verpackung

1. Übernimmt der Vermieter den Versand, so gehen die Kosten der Beförderung der Mietsache vom Vermieter zum Mieter und bei Beendigung des Vertrages vom Mieter zum Vermieter zu Lasten des Mieters.

2. Verpackungs- und Verladekosten einschließlich Ladungssicherheit trägt ebenfalls der Mieter.

VIII. Miete

1. Die Höhe der Miete und deren Fälligkeit richten sich nach den vertraglichen Vereinbarungen. Wenn und soweit im Mietvertrag anderes nicht ausdrücklich vereinbart wird, gilt die jeweils gültige Preisliste des Vermieters.

2. Der Mietpreis bezieht sich auf eine maximale tägliche Einsatzdauer der Mietsache von 8 Stunden (Schichtzeit) von Montag bis Freitag. Eine längere tägliche Nutzung und die Nutzung an Samstagen oder Sonntagen bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Vermieters. Die Beweislast dafür, dass eine am Wochenende im Besitz des Mieters befindliche Mietsache nicht zum Wochenendeinsatz genutzt wurde, obliegt dem Mieter.

3. Nutzt der Mieter die Mietsache länger als 8 Stunden täglich, so ist ein Mehrschichtzuschlag von 50 % auf den tägliche Mietzins zu zahlen. Bei der Nutzung in der Schichtzeit am Samstag oder Sonntag wird jeweils eine Tagesmiete berechnet. Wird die Mietsache nur über das Wochenende vermietet (Samstag bis Sonntag), so ist ein Zuschlag von 50 % auf die Tagesmiete zu zahlen.

4. Vereinbarte Stundenmieten sind mindestens für 4 Stunden abzurechnen. Bei Monatsmietpreisen wird unabhängig von der Mietdauer zumindest ein Monatspreis berechnet.

5. Der Mietpreis enthält ausschließlich die Gerätekosten. Die Kosten für verwendete Hilfs- und Betriebsstoffe (Befestigungsmaterial, Strom, Verschleißteile und Ersatzteile u.ä.) sind nicht im Mietpreis enthalten und werden gesondert berechnet. Gleiches gilt für Zusatzleistungen und Transporte.

6. Sämtliche Warte-, Be- und Entladezeiten sowie ggf. erforderliche Zeiten für Geräteeinweisungen sind vom Mieter zu tragen. Das gleiche gilt in Bezug auf Auf- und Abbaukosten sowie Kosten für Krangestellung.

7. Wird infolge eines Umstandes, den der Vermieter nicht zu vertreten hat, die Benutzung der Mietsache oder von Teilen desselben zwecklos oder unmöglich, werden die Rechte des Vermieters nicht gemindert.

8. Die gesetzliche Mehrwertsteuer ist im Mietzins nicht enthalten. Sie wird in der jeweiligen gesetzlichen Höhe zusätzlich zu Lasten des Mieters berechnet.

9. Mangels besonderer Vereinbarung sind die vom Vermieter in Rechnung gestellten Beträge sofort und ohne Abzug zahlbar.

10. Der Vermieter ist berechtigt, eine Kautions in angemessener Höhe zu

verlangen.

11. Der Vermieter ist berechtigt, Vorauszahlungen in Höhe des voraussichtlichen Mietzinses zu verlangen. Weiter ist der Vermieter berechtigt, wöchentlich Rechnung zu stellen.

12. Der Vermieter nimmt nur bei entsprechender Vereinbarung diskontfähige oder ordnungsgemäß versteuerte Wechsel zahlungshalber an. Gutschriften über Wechsel und Schecks erfolgen vorbehaltlich des Eingangs abzüglich der Auslagen mit Wertstellung des Tages, an dem der Vermieter über den Gegenwert verfügen kann.

13. Aufrechnungsrechte stehen dem Mieter nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder vom Vermieter anerkannt sind. Außerdem ist er zu Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts insoweit befugt, als sein Gegenanspruch aus dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

IX. Gebühren und Abgaben

1. Der Mieter übernimmt evtl. öffentlich-rechtliche Gebühren, Beiträge und sonstige Abgaben, die während der Dauer des Vertrages aufgrund der Miete, des Besitzes und/oder des Gebrauchs erhoben werden. Das gilt auch für die Kosten behördlich vorgeschriebener Untersuchungen.

2. Der Vermieter ist bei Nichtzahlung befugt, seinerseits in Vorlage zu treten und vom Mieter Erstattung zu verlangen.

3. Diese zusätzlichen Aufwendungen sind spätestens bis der nächsten Mietzahlung des Mieters zu begleichen.

X. Versicherungen

1. Der Mieter ist verpflichtet, auf seine Kosten für die Mietsache zugunsten des Vermieters für die Dauer der Mietzeit eine Maschinenversicherung zum Neuwert einschließlich aller Nebenkosten abzuschließen. Er ist dafür verantwortlich, dass zugunsten des Vermieters Deckung auch für die durch eine Feuerversicherung versicherbaren Gefahren besteht, sei es, dass er eine Zusatzvereinbarung zu der Maschinenversicherung trifft oder die Mietsache in seine Betriebs- oder Feuerversicherung einschließt.

2. Sofern die Transportgefahr für die Mietsache zu Lasten des Mieters geht, wird er eine Transportversicherung zugunsten des Vermieters abschließen.

3. Ist eine Montage der Mietsache erforderlich, so ist der Mieter auf Verlangen des Vermieters zum Abschluss einer Montageversicherung zugunsten des Vermieters verpflichtet.

4. Ist der Mieter zum Abschluss von Versicherungen verpflichtet, so sind dem Vermieter die Deckungszusagen des Versicherers auf Verlangen nachzuweisen.

5. Erbringt der Mieter den Nachweis über den Versicherungsschutz nicht, so ist der Vermieter berechtigt, zu seinen Gunsten entsprechende Versicherungsverträge im Namen und für Rechnung des Mieters abzuschließen. Die zusätzlichen Aufwendungen kann der Vermieter sofort erstattet verlangen.

6. Der Mieter tritt hiermit an den Vermieter alle seine Rechte aus den Versicherungsverträgen, die aufgrund dieses Mietvertrages abgeschlossen werden, unwiderruflich ab und benachrichtigt hiervon den Versicherer.

XI. Besondere Pflichten des Mieters bei

Ingebrauchnahme

1. Der Mieter ist verpflichtet,

a) die Mietsache vor Überbeanspruchung in jeder Weise zu schützen und den bestimmungs- und ordnungsgemäßen Einsatz, insbesondere auch durch ausgebildetes Fachpersonal, stets sicherzustellen,

b) die Mietsache auf seine Kosten fachgemäß zu warten und zu pflegen

oder in regelmäßigen Abständen warten und pflegen zu lassen,

c) Wartungs-, Pflege- und Gebrauchsvorschriften des Vermieters zu befolgen,

d) alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die mit dem Besitz, dem Gebrauch oder der Erhaltung der Mietsache verbunden sind, zu beachten und zu erfüllen. Der Vermieter ist von Ansprüchen frei, die sich aufgrund schuldhafter Nichtbeachtung dieser Obliegenheiten ergeben,

e) Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen dafür zu treffen, dass die Mietsache nicht dem Zugriff unbefugter Dritter ausgesetzt wird.

2. Der Vermieter ist berechtigt, jederzeit Auskunft über den Standort und die Art des Einsatzes der Mietsache vom Mieter zu verlangen. Der Vermieter darf jederzeit nach Absprache während der normalen Geschäftszeiten die Mietsache untersuchen oder durch Bevollmächtigte untersuchen lassen. Der Mieter ist verpflichtet, die Untersuchung zuzulassen, das Betreten des Einsatzortes zu gestatten oder eine notwendige Erlaubnis Dritter beizubringen.

3. Persönliche Schutzausrüstungen sind mieterseitig zu stellen.

4. Ist für das Führen oder Bedienen der Mietsache ein Führerschein, eine Lenkerberechtigung, ein Staplerschein o.ä. erforderlich, so hat der Mieter sicherzustellen, dass die von ihm an der Mietsache eingesetzten Personen über die erforderliche Berechtigung verfügen.

XII. Mängelansprüche

1. Der Vermieter hält die Mietsache auf seine Kosten betriebsfähig. Er beseitigt alle bei ordnungsgemäßem Gebrauch entstehenden Schäden. Voraussetzung hierfür ist die nachweisliche Einhaltung der Mieterpflichten aus Abschnitt XI.

2. Die Beseitigung aller sonstigen Schäden, insbesondere die durch ungeeignete oder unsachgemäße Verwendung, fehlerhafte Montage bzw. Inbetriebsetzung, vertragswidrig vorgenommene Änderungen oder Instandhaltungsarbeiten durch den Mieter oder durch vom Mieter beauftragte Dritte, fehlerhafte oder nachlässige Behandlung - insbesondere übermäßige Beanspruchung -, ungeeignete Betriebsmittel und Austauschwerkstoffe, mangelhafte Bauarbeiten, ungeeigneten Baugrund, chemische, elektrotechnische oder elektrische Einflüsse verursachten Schäden, geht zu Lasten des Mieters, sofern die Schäden nicht auf ein Verschulden des Vermieters zurückzuführen sind. Das gilt auch für Korrosions- und Rostschäden.

3. Auftretende Störungen, Mängel, Fehler, Schäden oder das Fehlen und der Verlust von Teilen oder Zubehör sind vom Mieter dem Vermieter jeweils unverzüglich zu melden.

4. Zur Vornahme aller dem Vermieter notwendig erscheinenden Ausbesserungen und Ersatzlieferungen hat der Mieter nach Absprache mit dem Vermieter diesem die erforderliche Zeit und Gelegenheit zu geben, sonst ist der Vermieter von der Mängelhaftung befreit. Nur in dringenden Fällen der Gefährdung der Betriebssicherheit, von denen der Vermieter sofort zu verständigen ist, hat der Mieter das Recht, den Mangel selbst oder durch Dritte beseitigen zu lassen und vom Vermieter angemessenen Ersatz seiner Kosten zu verlangen. Unter den in Abschnitt XIX Ziff. 2 genannten Voraussetzungen kann der Mieter auch fristlos kündigen.

XIII. Verletzung von Nebenpflichten

Wenn die Mietsache infolge schuldhaft unterlassener oder fehlerhafter Ausführung von vor oder nach Vertragsschluss liegenden Vorschlägen und Beratungen sowie anderen vertraglichen Nebenpflichten - insbesondere Anleitung für Bedienung und Wartung der Mietsache - nicht vertragsgemäß verwendet werden kann, so gilt unter Ausschluss weiterer Ansprüche des Mieters - unbeschadet Abschnitt XIV - die Regelung des Abschnitts XII sinngemäß.

XIV. Haftung

Für alle in diesem Vertrag nicht geregelten Schadensersatzansprüche des Mieters - auf welchem Rechtsgrund sie auch beruhen -, insbesondere auf Ersatz von Schäden, die nicht an der Mietsache selbst entstanden sind, haftet der Vermieter nur

a) bei Vorsatz,

b) bei grober Fahrlässigkeit des Inhabers/der Organe oder leitender Angestellter,

c) bei schuldhafter Verletzung von Leben, Körper, Gesundheit,

d) bei Mängeln, die er arglistig verschwiegen oder deren Abwesenheit er garantiert hat im Rahmen der Garantiezusage,

e) bei Mängeln der Mietsache, soweit nach Produkthaftungsgesetz für Personen- oder Sachschäden an privat genutzten Gegenständen gehaftet wird. Bei schuldhafter Verletzung wesentlicher Vertragspflichten haftet der Vermieter auch bei grober Fahrlässigkeit nicht leitender Angestellter und bei leichter Fahrlässigkeit, in letzterem Fall begrenzt auf den vertragstypischen, vernünftigerweise vorhersehbaren Schaden.

Weitere Ansprüche sind ausgeschlossen.

XV. Verjährung

Alle Ansprüche des Mieters - aus welchen Rechtsgründen auch immer - verjähren in 12 Monaten. Für Schadensersatzansprüche nach Abschnitt XIV Ziff. 1 bis Ziff. 5 gelten die gesetzlichen Vorschriften.

XVI. Veränderungen der Mietsache

1. Veränderungen der Mietsache, insbesondere An- und Einbauten, sowie die Verbindung mit anderen Gegenständen dürfen nicht ohne vorherige Zustimmung des Vermieters vorgenommen werden. Sofern Veränderungen behördlich verlangt werden, ist der Vermieter unverzüglich zu unterrichten. Ohne vorherige Zustimmung vorgenommene Änderungen, An- und Einbauten gehen auf jeden Fall entschädigungslos in das Eigentum des Vermieters über. Ein Wegnahmerecht ist ausgeschlossen.

2. Der Vermieter kann verlangen, dass der ursprüngliche Zustand der Mietsache auf Kosten des Mieters wieder hergestellt wird.

XVII. Zugriffe Dritter

1. Im Falle von Verfügungen der öffentlichen Hand, Beschlagnahmen, Pfändungen u. ä., gleichgültig ob diese auf Betreiben einer Behörde oder eines Privaten erfolgen, hat der Mieter auf die Eigentumsverhältnisse unverzüglich mündlich und schriftlich hinzuweisen und darüber hinaus den Vermieter unter Überlassung aller notwendigen Unterlagen unverzüglich zu benachrichtigen.

2. Der Mieter hat den Vermieter unverzüglich zu unterrichten, wenn eine Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung hinsichtlich der Grundstücke beantragt ist, auf denen sich die Mietsache befindet.

3. Ersatzansprüche, welche dem Mieter durch Zugriffe Dritter erwachsen sollten, werden schon jetzt an den Vermieter abgetreten.

4. Der Mieter trägt die Kosten für alle Maßnahmen zur Behebung derartiger Eingriffe.

XVIII. Mietzeit

1. Die Mietzeit beginnt mit dem vertraglich vereinbarten Zeitpunkt. Sollte der Mieter die Mietsache vor diesem Zeitpunkt in Gebrauch nehmen, so beginnt die Mietzeit mit der tatsächlichen Ingebrauchnahme der Mietsache. Im Falle der unberechtigten Annahmeverweigerung des Mieters beginnt die Mietzeit am Tage des Angebots des Vermieters. Bei Übergabe von

selbständigen Teilen der Mietsache gilt vorstehendes entsprechend.

2. Die Mietzeit endet mit der Rückgabe der Mietsache in vertrags- und ordnungsgemäßem, insbesondere gereinigtem und komplettem Zustand an den Vermieter, frühestens jedoch mit Ablauf der vertraglich vereinbarten Mietzeit. Erfolgt die Rückgabe unmittelbar an einen neuen Mieter, so endet die Mietzeit mit dem Tage der Absendung oder Abholung der ordnungsgemäßen Mietsache durch den neuen Mieter.

3. Erfolgt die Rückgabe der Mietsache nicht in vertrags- und ordnungsgemäßem Zustand, so ist der Mieter zur Übernahme des dadurch dem Vermieter entstehenden Schadens, insbesondere evtl. Mietausfälle, verpflichtet.

4. Eine Nutzung der Mietsache nach Vertragsende ist dem Mieter nicht gestattet.

XIX. Rücktritts- und Kündigungsrecht des Mieters

1. Der Mieter kann vom Vertrag zurücktreten, wenn dem Vermieter die Gebrauchsüberlassung und Gebrauchsgewährung vor Gefahrübergang aus einem Grunde endgültig unmöglich wird, den der Vermieter oder keine der Parteien zu vertreten hat. Dieses Recht besteht auch dann, wenn die Gebrauchsüberlassung und Gebrauchsgewährung vor Gefahrübergang teilweise unmöglich wird und der Mieter ein berechtigtes Interesse an der Ablehnung der teilweisen Leistung hat.

2. Der Mieter kann fristlos kündigen, wenn der Vermieter eine ihm gestellte angemessene Frist für die Behebung eines von ihm zu vertretenden Mangels durch sein Verschulden hat verstreichen lassen oder eine Beseitigung des Mangels durch den Mieter oder durch Dritte nicht möglich oder nicht mehr zumutbar ist.

3. Kündigt der Mieter gem. Ziff. 2 berechtigterweise fristlos, trägt der Vermieter die Kosten und die Gefahr des Rücktransports der Mietsache.

XX. Fristlose Kündigung durch den Vermieter

1. Der Vermieter ist insbesondere berechtigt, den Mietvertrag fristlos zu kündigen, wenn

a) der Mieter mit einer Mietzahlung oder einer anderen, speziell vereinbarten Zahlung ganz oder teilweise länger als 2 Wochen nach Mahnung in Rückstand kommt,

b) der Mieter nach Mahnung, ohne Zustimmung des Vermieters, die Mietsache oder einen Teil desselben für andere Zwecke verwendet (Abschnitt III Ziff. 3) oder unbefugt an einen anderen Ort (Abschnitt III Ziff. 2) verbringt, als vertraglich festgelegt ist,

c) der Mieter den Pflichten aus Abschnitt XI Ziff. 1 nicht unverzüglich nach Mahnung des Vermieters nachkommt,

d) der Mieter einem Dritten (Abschnitt III Ziff. 1) die Benutzung der Mietsache überlässt,

e) der Mieter Veränderungen an der Mietsache vornimmt (Abschnitt III Ziff. 4),

f) wesentliche Umstände bekannt werden, die die Erfüllung des Vertrages durch den Mieter grundlegend in Frage stellen, z. B. Zahlungseinstellung, Wechselproteste, Vollstreckungsmaßnahmen, Insolvenz,

g) der Mieter schuldhaft keine oder unrichtige Angaben über Stückzahlen und/oder Überstunden macht.

2. Im Falle der fristlosen Kündigung kann der Vermieter die Hälfte der restlichen Mieten bis zum nächsten zulässigen ordentlichen Kündigungstermin als pauschale Entschädigung fordern. Der Mieter ist berechtigt, einen geringeren Schaden nachzuweisen, der Vermieter berechtigt, einen höheren Schaden nachzuweisen.

3. Wenn der Mieter trotz einer Mahnung die vertraglichen Vereinbarungen nicht einhält, kann der Vermieter auch - ohne fristlos kündigen zu müssen

- die Mietsache bis zur Erfüllung außer Betrieb setzen oder auf Kosten des Mieters entfernen. Die Kosten fallen dem Mieter zur Last.

4. Entfernt der Vermieter die Mietsache gemäß Ziff. 3, kann er auch anderweitig darüber verfügen. Die dem Vermieter zustehenden Rechte und Ansprüche bleiben bestehen. Beträge, die der Vermieter durch anderweitige Vermietung erzielt hat, werden nach Abzug der durch die Rückholung und Neuvermietung entstandenen Kosten angerechnet. Schadensersatzansprüche des Vermieters bleiben unberührt.

XXI. Rückgabe der Mietsache

1. Bei Beendigung des Vertrages hat der Mieter die Mietsache in ordnungsgemäßem, insbesondere gereinigtem und komplettem Zustand - unter Berücksichtigung einer für die Mietzeit normalen Abnutzung, die zu Lasten des Vermieters geht - an den Vermieter unverzüglich zurückzugeben bzw. wenn Abholung vereinbart ist, zur Abholung zur Verfügung zu stellen. Der Mieter verzichtet auf jedes Zurückbehaltungsrecht.

2. Die Rückgabe der Mietsache hat bei derjenigen Niederlassung des Vermieters zu erfolgen, die im Mietvertrag genannt ist, sonst bei derjenigen Niederlassung des Vermieters, bei der die Übergabe der Mietsache an den Mieter erfolgt ist.

3. Die Rückgabe der Mietsache ist nur während der üblichen Bürostunden der Niederlassung, bei der die Rückgabe der Mietsache zu erfolgen hat (Ziff. 2), zulässig.

4. Bei Abholung durch den Vermieter ist die Mietsache vom Vermieter in transportfähigem Zustand bereitzustellen.

5. Der Vermieter kann die Mietsache vor Absendung oder Abholung selbst untersuchen oder durch einen Sachverständigen untersuchen lassen. Der Sachverständige soll den Umfang von Mängeln und Beschädigungen, die voraussichtlichen Kosten ihrer Behebung und die evtl. Wertminderung der Mietsache feststellen. Die Kosten der Untersuchung trägt jede der Parteien zur Hälfte. Stellt der Sachverständige keine Mängel oder Beschädigungen fest, trägt der Vermieter dessen Kosten in voller Höhe.

6. Mängel und Beschädigungen der Mietsache, die über die normale Abnutzung hinausgehen, und/oder durch nicht ordnungsgemäßen Gebrauch entstanden sind, gehen zu Lasten des Mieters.

7. Geht während der Mietdauer die Mietsache verloren oder tritt ein Totalschaden ein, so hat der Mieter eine Entschädigung in Höhe des derzeitigen Wiederbeschaffungswertes zu leisten. Der Vermieter kann auch die Beschaffung eines der Mietsache gleichwertigen Ersatzgegenstandes verlangen. Bis zum Eingang der vollwertigen Ersatzleistung ist die Miete bis zum Ende der vereinbarten Mietzeit zu 100 % weiterzuzahlen, danach in Höhe von 50 %.

8. Der Vermieter kann für den Rücktransport ein vom Übergabeort abweichendes Ziel angeben, jedoch ist der Mieter dann zur Übernahme der Kosten nur bis zu einer Höhe verpflichtet, die bei Rücktransport an den Übergabeort entstehen würde. Frachtersparnisse kommen dem Mieter zugute.

9. Kommt der Mieter seiner Verpflichtung zum Rücktransport nicht innerhalb einer Frist von 7 Tagen nach Vertragsbeendigung nach, so kann der Vermieter den Rücktransport zu Lasten des Mieters vornehmen oder vornehmen lassen. Der Mieter gestattet bereits jetzt dem Vermieter oder den von diesem beauftragten Dritten den Zutritt zum Aufstellungsort der Mietsache zum Zwecke der Abholung. Schadensersatzansprüche des Vermieters bleiben unberührt.

XXII. Anwendbares Recht, Gerichtsstand, Erfüllungsort

1. Für alle Rechtsbeziehungen zwischen dem Vermieter und dem Mieter gilt ausschließlich das für die Rechtsbeziehungen inländischer Parteien untereinander maßgebliche Recht der Bundesrepublik Deutschland.

2. Gerichtsstand ist das für den Sitz des Vermieters zuständige Gericht

3. Erfüllungsort ist, soweit sich aus dem Vertrag nichts anderes ergibt, 48432 Rheine.

XXIII. Verbraucher

Ist der Vertragspartner ein Verbraucher so geltend die in den gesetzlichen Regelungen dargestellten besonderen Verbraucherschutzrechte. Insbesondere ist der Verbraucher auf sein bestehendes Widerrufsrecht durch gesonderte Widerrufsbelehrung hinzuweisen.

General Business Terms and Conditions of Dumeta GmbH

Part A. General terms and conditions for the sale of new and used machines and industrial commodities (delivery terms and conditions)

Part B. General terms and conditions for repairs/maintenance (repair terms and conditions)

Part C. General terms and conditions for installation (installation terms and conditions)

Part D. General terms and conditions for leasing (leasing terms and conditions)

Part A

General terms and conditions for the sale of new and used machines and industrial commodities (delivery terms and conditions)

I. General

The following delivery terms and conditions apply exclusively and for all contracts that are concluded. Terms and conditions of the buyer that conflict with or deviate from these delivery terms and conditions are not recognised by the seller, unless the seller has expressly agreed to their application in writing. The seller's delivery terms and conditions apply even if the seller, with knowledge of terms and conditions of the buyer that conflict with or deviate from the seller's delivery terms and conditions, carries out delivery to the buyer without reservation.

II. Offer and scope of delivery

1. The seller's offers are subject to change without notice. Documents that belong to an offer, such as illustrations, drawings, weights and measurements, are not binding unless they are expressly designated as such. Changes are unreasonable and do not have to be accepted by the buyer if they go beyond the extent commonly accepted in the business. Performance data and operating costs are averages. The seller reserves the right of ownership and copyright for all samples, cost estimates, drawings and similar information, both tangible and intangible, including in electronic form; allowing access by third parties is only permitted with the consent of the seller.

2. Unless a different delivery term is expressly determined, the buyer is bound by the order for no more than 6 weeks. The purchase contract is concluded when the seller has confirmed acceptance of the order for the object of purchase in writing within this term or delivery has been made. However, the seller is obligated to notify the buyer promptly should the order be refused.

3. All agreements between the seller and buyer have to be recorded in writing in the respective delivery contract. This also applies to subsidiary agreements, assurances and subsequent contract amendments. Verbal subsidiary agreements are invalid.

4. Changes to the design and form of the article of sale are reserved, insofar as the article of sale is not changed significantly and the changes are reasonable for the buyer.

III. Pricing and payment

1. Unless special agreements are concluded, prices are ex stock from the seller's warehouse or ex works when shipping from the manufacturing plant. Packaging is not included. Prices are net of VAT as required by law. VAT is billed to the buyer at the respective rate required by law. In case of delivery more than 4 months after the contract is concluded, the seller in case of price increases by its sub-suppliers or an unexpected increase in labour and transportation costs has the right to demand a renegotiation of prices. The seller is only bound by the agreed prices for the agreed delivery term, but no less than 4 months. If the seller incurs additional costs because of delayed acceptance by the buyer, the seller may demand reimbursement

from the buyer.

2. Unless special agreements are concluded, the purchase price is payable immediately with no deductions. The buyer's right of retention pursuant to Section 320 of the German Civil Code (BGB) remains unaffected. Agreed discounts only apply as long as the buyer is not in arrears with payment for previous deliveries.

3. Only by corresponding agreement shall the seller accept negotiable and properly taxed notes as payment. Notes and cheques are credited subject to the receipt of funds less expenses, with validation on the day the seller can dispose of the consideration.

4. The buyer only has a right to set-off if its counter-claims are legally established, undisputed or accepted by the seller. Furthermore, the buyer is only authorised to exercise a right of retention insofar as its counter-claim is based on the same contractual relationship.

5. Payments to discharge obligations can only be made to employees of the seller who present valid collection authorisation.

IV. Delivery terms and delays

1. Delivery terms and dates are only binding if expressly designated as such by the seller in writing. Compliance with the delivery term by the seller requires all business and technical matters to be resolved between the contracting parties and the buyer to meet all of its obligations, e.g. obtaining the required official certifications and permits or making a down payment. If this is not the case, the delivery term is extended and/or the delivery date delayed accordingly. This does not apply insofar as the seller is responsible for the delay.

2. Compliance with the delivery term or delivery date is subject to the timely and accurate receipt of deliveries from sub-suppliers. The seller shall provide information about expected delays as early as possible.

3. The delivery term is extended/the delivery date is delayed accordingly in case of measures within the scope of legal labour disputes, in particular strikes and lock-outs, or if unexpected obstacles arise, and in case of all types of force majeure outside the control of the seller or its assistants, insofar as such obstacles can be proven to affect delivery of the sales object.

4. This applies correspondingly if the seller is not supplied in a timely manner by its sub-suppliers. The seller has a right of withdrawal in case of failure of the manufacturer to deliver. However, this does not apply if the failure to deliver is caused by the seller (e.g. late payment).

5. Meeting the delivery term/delivery date presumes that the buyer meets its contractual obligations.

6. The seller – except as regards selection of a supplier or the monitoring of the same – is not responsible for late delivery or failure of its sub-suppliers to deliver. Sentence 1 does not apply if the relationship between the seller and buyer is based on the laws for contracts of work and labour. In any case, the seller is obligated to hold the buyer harmless insofar as it cannot fully assert claims against the sub-supplier assigned to the buyer.

7. In case of delays that are the fault of the seller resulting in damages for the buyer, the buyer has the right to demand flat-rate compensation for the delay. However, this is limited to no more than 5% of the value of that part of the overall delivery that cannot be used on time or in accordance with the contract because of the delay.

8. Aside from the statutory grace period pursuant to Section 286, Paragraph 3 of the German Civil Code (BGB) and issuing a reminder to the buyer, the seller in deviation from the terms pursuant to Section III.2. can also put the buyer into default according to other payment terms determined according to the calendar pursuant to Section 286, Paragraph 2 of the BGB.

V. Passing of risk and transportation

1. Unless special agreements are concluded, the means of shipment are at

the discretion of the seller. By request, the goods are insured at the seller's expense.

2. In case of sale by delivery to a place other than the place of performance, risk passes to the buyer when the goods are handed over to the shipper or carrier but no later than upon leaving the warehouse or, in case of direct shipment ex works, upon leaving the factory. This also applies in case of partial deliveries or if the seller has agreed to provide additional services.

3. If shipment is delayed due to circumstances within the buyer's control, risk passes to the buyer on the day the goods are ready for shipment.

4. Delivered items shall be accepted by the buyer even in case of immaterial defects, notwithstanding the rights pursuant to Section VII (notice of and liability for defects).

5. Partial deliveries are permissible as long as they are reasonable for the buyer.

VI. Retention of title

1. The seller retains title until all claims arising from the business agreement with the buyer are settled in full.

2. The buyer is obligated to treat the object of purchase with due care, to protect it against intervention by third parties and – insofar as this is agreed in writing, extended payment terms have been granted or in case of a finance purchase – to promptly insure it against fire, theft and water damage with coverage for the replacement value, and to provide proof of insurance by request. Otherwise, the seller has the right to insure the object of purchase itself at the buyer's expense. The buyer obligates itself to assign any claims for damages to the seller.

3. Without the seller's consent, the buyer is not permitted to pledge the object of purchase or assign it by way of security. The buyer is obligated to promptly notify the seller in writing in case of pledging or other third-party intervention, so the seller can file suit pursuant to Section 771 of the Civil Code of Procedure (ZPO). Insofar as the third party is not able to compensate the seller for court and out-of-court costs of a suit pursuant to Section 771 ZPO, the buyer is obligated to reimburse the costs.

4. The buyer who is not a consumer has the right to resell the goods in the course of ordinary business operations. However, the buyer assigns all claims arising from resale to its customers or third parties, up to the sellers' final invoice amount (including VAT), to the seller now and in advance, regardless of whether the object of purchase was resold without or after processing. The buyer remains authorised to collect said claims even after their assignment. The seller's authority to collect the claims itself remains unaffected, but the seller obligates itself not to collect the claims as long as the buyer properly meets its payment obligations. Otherwise the seller may demand that the buyer disclose the assigned claims and corresponding debtors, and that the buyer provide all information required to collect the claims, hand over the corresponding documents and inform the respective debtors of the assignment.

5. Insofar as a motor vehicle registration certificate has been issued for the object of purchase, the seller for the duration of the retention of title has the sole right of possession for the motor vehicle registration certificate.

6. If the buyer acts contrary to the contract, especially in case of late payment, the seller has the right to take back the goods after issuing a reminder and the buyer is obligated to surrender the goods. Unless the provisions of the German Civil Code (BGB) for consumer loans apply, taking back or pledging the object of purchase by the seller only constitutes withdrawal from the contract if the seller expressly declares this in writing.

7. All costs of taking back and utilising the object of purchase are borne by buyer. The utilisation costs without proof are set at 10% of the utilisation proceeds including VAT. A higher or lower amount shall apply insofar as the seller can provide proof of higher or the buyer of lower costs. The proceeds are remitted to the buyer by the seller after deducting the costs and other claims related to the purchase contract.

VII. Claims for defects

For material defects and deficiencies in title, the seller is liable with the exclusion of further claims subject to Section VIII. as follows:

Material defects:

1. The buyer has to examine goods that are received promptly upon arrival to verify quantities, the condition and warranted characteristics. Complaints for apparent defects must be submitted promptly. If the contract constitutes commercial business for both parties, claims for defects by the buyer presume that the buyer properly met its obligations of inspection and submitting complaints pursuant to Section 377 of the German Commercial Code (HGB).

2. If the article of sale is defective, the seller at its discretion has the right to supplementary performance in the form of the rectification of defects or to the delivery of new goods that are free of defects. In case of the rectification of defects, the seller is obligated to bear all costs incurred for the rectification of defects, in particular transportation, travel, work and material costs, insofar as these are not increased because the article of sale was taken to a location other than the place of performance. In case of consumer transactions, the buyer has the right to choose unless the buyer's choice of supplementary performance imposes costs on the seller that would not be incurred with a different choice, to the extent this does not result in any disadvantages for the buyer. Replaced items become the property of the seller.

3. No liability is assumed for damages due to the following reasons: Improper or unsuitable use, incorrect installation and/or putting into operation by the buyer or third parties, failure to perform maintenance that is commonly accepted and/or recommended by the manufacturer, normal wear – in particular on wear parts – improper or careless treatment, unsuitable supplies, replacement materials, defective construction work, unsuitable building ground and chemical, electronic or electrical influences insofar as they are not caused by the seller.

4. After consultation with the seller, the buyer is required to allow the time and opportunity needed for all repairs and replacement deliveries that appear necessary to the seller; otherwise the seller cannot be held liable for the resulting consequences. Only in urgent cases when operating safety is at risk or to avert unreasonably severe damage, in which case the seller must be notified immediately, or if the seller is in default with the rectification of defects, does the buyer have the right to have the defect eliminated itself by third parties and to demand reimbursement for the incurred costs from the seller.

5. The warranty term for replacement parts and repairs is 12 months. The term of liability for defects on the article of sale is extended by the time that its use is interrupted by work required for the rectification of defects.

6. In case of improper repairs carried out by the buyer or a third party, the seller bears no liability for the resulting consequences. The same applies in case of alterations to the article of sale made without the prior consent of the seller.

7. If supplementary performance fails, the buyer at its discretion may demand withdrawal or abatement. The seller under consideration of the burden on the buyer and the complexity of the defect generally must be given two opportunities for supplementary performance within an adequate term.

8. The seller is liable according to the applicable legal provisions insofar as the buyer asserts claims for damages based on intent or gross negligence, including intent or gross negligence by its representatives or assistants. Insofar as the seller is not accused of intentional breaches of contract, liability for damages is limited to foreseeable, typically expected damage.

9. The seller is liable pursuant to the applicable legal provisions insofar as it culpably breaches an essential contractual obligation. In this case however, the liability for damages is limited to foreseeable, typically expected damage.

Deficiencies in title:

10. If using the article of sale results in the violation of industrial property

rights or copyright domestically, the seller at its own expense shall provide the buyer with the right to continue using the article of sale, or shall modify the article of sale in a manner that is reasonable for the buyer and ensures that proprietary rights are no longer violated. If this is not possible under economically reasonable conditions or within a reasonable time, the buyer has the right to withdraw from the contract. Under the conditions identified above, the seller also has the right to withdraw from the contract. Furthermore, the seller shall indemnify the buyer from undisputed or legally established claims by the holders of the respective proprietary rights.

Limitation period:

11. The right of the buyer to assert claims for defects expires in all cases 12 months after the passing of risk, in case of consumer business in 12 months. The seller warrants used goods sold to consumers for 12 months from the passing of risk. In case of the sale of used goods to a merchant, warranty claims are excluded. Claims for compensation due to the loss of life, physical injury or the impairment of health are exempt from the warranty exclusion if the seller is responsible for the breach of duty, as are claims for other damages due to intentional or grossly negligent breaches of duty by the seller.

12. Subject to Section VIII., the obligations of the seller pursuant to Section 10 are exclusive in case of the violation of proprietary rights or copyright. They only exist when

- a) the buyer promptly informs the seller when a claim for the violation of proprietary rights or copyright is asserted,
- b) the buyer supports the seller to a reasonable extent in defending against the claims that have been asserted, and/or makes it possible for the seller to carry out modifications pursuant to Section 9,
- c) all defence measures including out-of-court settlement are reserved for the seller,
- d) the defective title is not due to an instruction of the buyer, and
- e) the violation of rights was not caused by unauthorised changes made to the article of sale by the buyer or the use of the article of sale by the buyer in a manner that violates the contract.

VIII. General limitation of liability

1. The seller's liability is determined according to the applicable legal provisions. However, liability is excluded – regardless of the cause in law – except in case of a material breach of duty due to intent or gross negligence. This does not apply in case of consumer transactions where the loss of life, physical injury or the impairment of health has occurred, or when there is liability insurance coverage in favour of the seller. In this case, the seller assigns its claim against the insurer to the buyer.

2. The claims to be asserted by the buyer against the seller expire pursuant to the applicable legal regulations. Section VII (3) remains unaffected. However, a six-month term of exclusion applies insofar as the seller has rejected a claim of the buyer in writing as unjustified, and the buyer cannot assert any more rights after this term.

IX. Use of software

Insofar as the scope of delivery includes software, a non-exclusive right to use the software including its documentation is granted to the buyer. The software is provided for use on the intended article of sale. Using the software on more than one system is prohibited. The buyer may only duplicate, revise, translate or alter the software compared to the object code to the extent permitted by law (Section 69 a ff. of the German Copyright Act (UrhG)). The buyer obligates itself not to remove, nor alter without the express prior consent of the seller, any manufacturer information and in particular copyright notices. All other rights to the software and documentation including the copies remain with the seller and/or software supplier. Issuing sub-licenses is not allowable.

X. Applicable law, jurisdiction, place of performance

1. All legal relationships between the seller and buyer are based exclusively on the laws of the Federal Republic of Germany; the United Nations Convention on the International Sale of Goods is excluded.
2. The court responsible for the registered office of the seller has jurisdiction. However, the seller does have the right to bring suit at the head office of the orderer.
3. Unless anything to the contrary is specified in the contract, the place of performance is 48432 Rheine.

Consequences of returns

In case of an effective return, performance by either side must be reversed and any benefits obtained (e.g. use and enjoyment) must be surrendered. In case of deterioration of the goods, the company DUMETA GmbH can demand compensation for lost value from the orderer. This does not apply if the deterioration of the goods is due solely to the inspection of the same, the way it would have been possible for the orderer e.g. in a retail store. That being said, the orderer can avoid the obligation of compensation for lost value by not putting the goods into use like an owner and refraining from doing anything that impairs their value.

XI. Consumers

1. If the contractual partner is a consumer, the special consumer protection rights according to legal regulation apply. In particular, the consumer has to be notified of the existing right of withdrawal in separate cancellation instructions.

Part B

General terms and conditions for repairs/maintenance (repair terms and conditions)

I. General

1. The following repair terms and conditions apply exclusively and for all orders and contracts that are concluded. Terms and conditions of the customer that conflict with or deviate from these repair terms and conditions are not recognised by the vendor, unless the vendor has expressly agreed to their application in writing. These business terms and conditions of the vendor apply even if the vendor, with knowledge of terms and conditions of the customer that conflict with or deviate from the seller's business terms and conditions, carries out repairs/maintenance for the customer without reservation. In the following, the company DUMETA GmbH is referred to as the vendor.
2. If there is an undisputed, written order confirmation, it is deemed authoritative for the content of the contract and the scope of repairs.
3. If the repair object was not delivered by the vendor, the customer has to point out existing industrial property rights applicable to the object. Insofar as the vendor is not at fault, the customer indemnifies the vendor from possible third-party claims arising from industrial property rights.
4. The order includes authorisation to issue sub-orders and to perform trial runs and test drives.

II. Inability to make repairs

1. The customer shall be billed for the effort to prepare a cost estimate, as well as additional incurred and documented effort (troubleshooting is time worked), if the repair cannot be completed for reasons that are beyond the vendor's control, in particular,
 - a) the fault that was described could not be reproduced in the course of inspection,

- b) replacement parts cannot be obtained,
 - c) the customer culpably failed to meet the agreed deadline,
 - d) the contract was terminated in the course of performance.
2. The repair object only needs to be restored to its original condition by express request of the customer and in exchange for the reimbursement of costs, unless the work that was performed was not necessary.

3. If the repair cannot be completed, the vendor is not liable for damage to the repair object, the breach of secondary contractual obligations and for damages other than to the repair object itself, regardless of the cause in law invoked by the customer. The vendor is liable in case of intent, gross negligence of the owner/governing bodies or managing employees, and the culpable breach of essential contractual obligations. In case of the culpable breach of essential contractual obligations, the vendor – except in cases of intent and gross negligence of the owner/governing bodies or managing employees – is only liable for damages that are typical for the contract and can be reasonably foreseen.

III. Cost data, cost estimate

1. To the extent possible, the customer will be informed of the expected repair cost when the contract is concluded. Otherwise the customer can impose cost limits in writing. If the repair cannot be completed at that cost, or if the vendor during the repair deems that additional work is required, the customer's consent has to be obtained if the specified costs are exceeded by more than 20%.

2. If the customer wants a cost estimate with binding prices before completing the repair, this must be expressly requested. Unless otherwise agreed, such a cost estimate is only binding if it is issued in writing. The customer shall not be billed for the effort to prepare the cost estimate, insofar as it can be utilised for performing the repair; point II.1 remains unaffected.

IV. Pricing and payment

1. In calculating the repair costs, the prices for the parts and materials used as well as special services and the prices for labour, travel and transportation each have to be listed separately. If the repair is carried out based on a binding cost estimate, a reference to said cost estimate is sufficient and only deviations in the scope of performance have to be listed separately.

2. Prices are net of VAT as required by law. VAT is billed to the customer at the respective rate required by law.

3. Possible invoice corrections by the vendor and complaints of the customer must be submitted in writing no later than four weeks after receipt of the invoice.

4. Payment is due upon acceptance and presentation or mailing of the invoice, immediately and with no deductions.

5. The vendor has the right to demand a fair advance payment.

6. The customer only has a right to set-off if its counter-claims are legally established, undisputed or accepted by the vendor. Furthermore, the customer is only authorised to exercise a right of retention insofar as its counter-claim is based on the same contractual relationship.

7. Payments may be made to employees of the vendor who present valid collection authorisation.

V. Cooperation and technical assistance of the customer for repairs outside the vendor's operation

1. The customer is obligated to support the repair personnel at its own expense during the completion of repairs.

2. Special measures required to protect persons and assets at the repair location are the responsibility of the customer. Furthermore, the customer is required to inform the repair supervisor of existing special safety instructions insofar as they are relevant for the repair personnel. The customer shall notify the vendor of violations of such safety instructions by the repair personnel. In case of serious violations, the customer after consultation with the repair supervisor can deny the violator access to the repair location.

3. The customer is obligated to provide technical assistance at its own expense, in particular:

a) Providing the required number of suitable helpers for the repair, for the time required; the helpers have to follow the instructions of the repair supervisor. The vendor assumes no liability for the helpers. The provisions of Section X and XI shall apply correspondingly if the helpers cause a defect or damage due to directives of the repair supervisor.

b) Carrying out all construction, foundation and scaffolding work including the procurement of the required construction materials.

c) Providing the required fixtures and heavy tools as well as the required articles and supplies.

d) Providing heating, lighting, operating power and water including the required connections.

e) Making available dry rooms that can be locked, as required for storing the tools of the repair personnel.

f) Protecting the repair site and materials against detrimental influences of any kind, cleaning the repair site.

g) Providing adequate, theft proof staff and work rooms (with heating, lighting, a place for washing and sanitary facilities) as well as first aid for the repair personnel.

h) Providing the materials and performing all other acts required for adjusting the repair object and to perform testing as stipulated in the contract.

The assistance measures described above shall be established in writing to the extent required before commencing repairs.

4. Technical assistance by the customer has to ensure that the repair can commence promptly upon the arrival of the repair personnel and can be performed without delay until the repair item is accepted by the customer. Insofar as special plans or instructions of the vendor are required, the vendor shall provide these to the customer in a timely manner.

5. If the customer fails to meet its obligations, the vendor after granting a period of grace is authorised but not obligated to perform the actions that are the responsibility of the customer on behalf and at the expense of the customer. Otherwise the statutory rights and obligations of the vendor remain unaffected.

VI. Transportation and insurance for repairs in the vendor's operation

1. Unless anything to the contrary is agreed in writing, the shipment and return of the repair object by request of the customer – including packaging and loading where applicable – is performed on account of the customer. Otherwise the repair object is delivered by the customer at its expense to the vendor and picked up again by the customer after the vendor makes the repairs.

2. The customer bears the risk of conveyance.

3. By request of the customer, transportation to the vendor and if applicable back is insured at the customer's expense against insurable transport hazards, e.g. theft, breakage and fire.

4. There is no insurance coverage for the repair object during the time it is being repaired in the operation of the vendor.

The customer has to ensure that existing insurance coverage is maintained for the repair object, e.g. against fire, tap water, storms and machine failure. Only by express request of the customer and at its expense can insurance coverage be obtained for these risks.

5. If acceptance by the customer is delayed, the vendor can bill warehouse charges for storage in its operation. The repair object may also be otherwise stored at the discretion of the vendor. Storage costs and risks are borne by the customer.

VII. Repair term

1. Information on repair terms is based on estimates and therefore non-binding.

2. A binding repair deadline, which must be designated as binding in writing, can only be requested by the customer once the scope of work is firmly established.

3. The binding repair deadline is deemed to have been met if the repair object is ready for acceptance by the customer, or for testing insofar as this is stipulated by the contract, on or before the delivery date.

4. If additional orders are placed or the order is expanded, or if additional repairs are needed, the agreed repair term is extended accordingly.

5. If the repair is delayed because of labour disputes, in particular a strike or lockout, or due to circumstances beyond the control of the vendor, the repair is extended accordingly insofar as such obstacles can be proven to have a significant impact on completing the repair. This also applies if such circumstances occur after the vendor is in default.

VIII. Acceptance

1. The customer is obligated to perform acceptance of the repair as soon as the customer is notified of completion and any testing of the repair object stipulated in the contract has been performed. If the repair fails to comply with the contract, the vendor is obligated to eliminate the defect. This does not apply in case of defects that are immaterial to the interests of the customer or due to circumstances that are the responsibility of the customer. In case of a defect that is not significant, the customer cannot refuse acceptance.

2. If acceptance is delayed through no fault of the vendor, it is deemed to have been completed at the end of two weeks after the customer was notified that the repair is complete.

3. Insofar as the customer has not reserved the right to assert a specific defect, the liability of the vendor for apparent defects is eliminated upon acceptance.

IX. Retention of title, expanded lien

1. The vendor retains title to all accessories, replacement parts and replacement assemblies until payment for the repair order is received. Additional collateral agreements may be concluded. If and to the extent nothing else has been agreed upon, parts that were replaced become property of the vendor.

2. Based on its claim arising from the repair order, the vendor has a lien on the repair object of the customer which came into the vendor's possession pursuant to the contract. The lien can also be asserted based on claims for previous work, replacement part deliveries and other performance insofar as these are related to the repair object. For other claims arising from the business relationship, the lien only applies insofar as these are undisputed or legally established.

X. Claims for defects

1. After acceptance of the repair, the vendor is only liable for repair defects subject to the exclusion of all other claims of the customer, notwithstanding Section X. 5 and Section XI, in that the vendor has to rectify the defects.

The customer is required to report noted defects to the vendor promptly in writing.

2. The vendor is not liable in case of defects that are immaterial to the interests of the customer or due to circumstances that are beyond its control or that are the responsibility of the customer. This applies in particular in regards to parts supplied by the customer.

3. In case of modifications or repairs that are completed by the customer or third parties improperly and without the prior consent of the vendor, the vendor shall not be liable for the resulting consequences. Only in urgent cases of impending hazards to operating safety and to prevent disproportionately severe damage, in which case the vendor must be notified immediately, or if the vendor has allowed a period of grace for the rectification of defects to pass unsuccessfully, does the customer have the right to rectify the defect itself or have it rectified by a third party and to demand compensation for the incurred costs from the vendor.

4. Out of the direct costs incurred for the rectification of defects, the vendor – insofar as the complaint proves to be justified – shall bear the costs for the replacement including shipment. Furthermore, the vendor bears the costs of removal and installation as well the costs for providing the required installers and assistants including travel costs, insofar as this does not place a disproportionate burden on the vendor.

5. Pursuant to the applicable legal regulations, the customer has the right to abatement if the vendor – under consideration of the exceptions as stipulated by law – allows a reasonable period of grace for the rectification of defects to pass unsuccessfully. The customer's right to abatement also exists in other cases where the rectification of defects fails. Only if the repair is proven to be of no interest to the customer notwithstanding the abatement can the customer withdraw from the contract.

XI. Liability of the vendor, disclaimer of liability

1. If parts of the repair object are culpably damaged by the vendor, the vendor at its discretion and expense has to repair these or deliver new ones. The obligation to indemnify is limited in amount to the contractual repair price. Otherwise Section XI. 3 shall apply correspondingly.

2. If the repair object cannot be used by the customer as stipulated by the contract and the vendor is at fault due to the failure to implement or the improper implementation of suggestions and advice offered before or after the contract is concluded, or due to the violation of other ancillary contractual obligations – in particular instructions for the operation and maintenance of the repair object – then the provisions of Section X and XI. 1 and 3 shall apply correspondingly subject to the exclusion of further claims by the orderer.

3. For damages that did not occur on the repair object itself, the vendor – whatever the cause in law – is only liable in case of

- a) intent,
- b) gross negligence of the owner/governing bodies or managers,
- c) culpable personal injury, loss of life or the impairment of health,
- d) defects maliciously concealed, or for which freedom from defects is guaranteed,
- e) insofar as liability for personal injury and damage to property on privately used items applies pursuant to the Product Liability Act. In case of the culpable violation of essential contractual obligations, the vendor is also liable for gross negligence on the part of non-managerial employees and for slight negligence. In the latter case, liability is limited to reasonably foreseeable damages typical for the contract. Further claims are excluded.

XII. Limitation period

All claims of the customer – regardless of the cause in law – expire in 12 months. Claims for damages pursuant to Section XI. 3. a – e are governed

by legal regulation. If the vendor performs the repair work on a building and thereby causes the building to be defective, the statutory limitation periods apply as well.

XIII. Indemnification of the customer

If during repair work outside the vendor's operation, the fixtures or tools provided by the vendor are damaged on the repair site and/or lost through no fault of the vendor, the customer is liable to pay compensation for damages. Damage due to normal wear and tear is disregarded.

XIV. Applicable law, jurisdiction, place of fulfilment

1. All legal relationships between the vendor and customer are subject exclusively to the laws of the Federal Republic of Germany applicable to legal relationships between domestic parties.

2. The court responsible for the registered office of the vendor has jurisdiction. However, the vendor does have the right to bring suit at the head office of the customer.

3. Unless anything to the contrary is specified in the contract, the place of performance is 48432 Rheine.

XV. Consumers

1. If the contractual partner is a consumer, the special consumer protection rights according to legal regulation apply. In particular, the consumer has to be notified of the existing right of withdrawal in separate cancellation instructions.

Part C

General terms and conditions for installation (installation terms and conditions)

I. General

The following installation terms and conditions apply exclusively for all installation services provided by DUMETA GmbH. Terms and conditions of the orderer that conflict with or deviate from these repair terms and conditions are not recognised by the installation contractor, unless the installation contractor has expressly agreed to their application in writing. These installation terms and conditions apply even if the installation contractor, with knowledge of terms and conditions of the orderer that conflict with or deviate from the installation contractor's installation terms and conditions, carries out installation work for the orderer without reservation.

II. Installation price

1. Installation is billed according to the time expended unless an all-inclusive price was expressly established.

2. The agreed amounts are net of VAT. VAT is billed to the orderer at the respective rate required by law.

3. Payment is due upon acceptance and presentation or mailing of the invoice, immediately and with no deductions.

4. The installation contractor has the right to demand a fair advance payment.

5. The orderer only has a right to set-off if its counter-claims are legally established, undisputed or accepted by the installation contractor. Furthermore, the orderer is only authorised to exercise a right of retention insofar as its counter-claim is based on the same contractual relationship.

6. Payments to discharge obligations can only be made to employees of the installation contractor who present valid collection authorisation.

III. Contribution of the orderer

1. The orderer at its own expense is required to support the installation personnel in the course of installation.

2. Special measures required to protect persons and assets at the installation location are the responsibility of the orderer. Furthermore, the orderer is required to inform the site supervisor of existing special safety instructions insofar as they are relevant for the installation personnel. The orderer shall notify the installation contractor if the installation personnel violates such safety regulations. In case of serious violations, the orderer in consultation with the site supervisor may refuse access to the installation location for the offender.

IV. Technical assistance of the orderer

1. The orderer is obligated to provide technical assistance at its own expense, in particular:

a) Providing the necessary, suitable assistants (e.g. masons, carpenters, metalworkers and other skilled workers, helpers) in the numbers required for installation and for the required time. The assistants are required to follow the directives of the site supervisor. The installation contractor assumes no liability for the assistants. Section VII and VIII shall apply if the assistants cause a defect or damage due to directives of the site supervisor.

b) Carrying out all excavation, construction, foundation and scaffolding work including the procurement of the required construction materials.

c) Providing the necessary devices and heavy tools (e.g. hoisting equipment, compressors), as well as the required accessories (e.g. scaffolding timbers, wedges, supports, cement, plaster and sealing materials, lubricants, fuels, drive ropes and belts).

d) Providing heating, lighting, operating power and water including the required connections.

e) Making available dry rooms that can be locked, as required for storing the tools of the installation personnel.

f) Transportation of the assembly components at the installation site, protection of the assembly components and materials against damaging influences of any kind; cleaning the installation site.

g) Providing adequate, theft proof staff and work rooms (with heating, lighting, a place for washing and sanitary facilities) as well as first aid for the installation personnel.

h) Providing the materials and performing all other acts required for adjusting the installation item and to perform testing as stipulated in the contract. Prior to the commencement of installation work, the assistance as outlined above is to be established in writing between the contractual partners, also and in particular in regards to additional costs.

2. Technical assistance by the orderer has to ensure that the installation can commence promptly upon the arrival of the installation personnel and can be performed without delay until the installation item is accepted by the orderer. Insofar as special plans or instructions of the installation contractor are required, the contractor shall provide these to the orderer in a timely manner.

3. If the orderer fails to meet its obligations, the installation contractor after granting a period of grace is authorised but not obligated to perform the actions that are the responsibility of the orderer on behalf and at the expense of the orderer. Otherwise the statutory rights and obligations of the installation contractor remain unaffected.

V. Installation period and delays

1. The installation date is deemed to have been met if the installation is ready for acceptance by the orderer, or for testing insofar as this is

stipulated by the contract, on or before the delivery date.

2. If installation is delayed because of labour disputes, in particular a strike or lockout, or due to circumstances beyond the control of the installation contractor, the installation period is extended accordingly insofar as such obstacles can be proven to have a significant impact on completing the installation. This also applies if such circumstances occur after the installation contractor is in default.

VI. Acceptance

1. The orderer is obligated to perform acceptance of the installation as soon as the orderer is notified of completion and any testing of the installation item stipulated in the contract has been performed. If the installation fails to comply with the contract, the installation contractor is obligated to eliminate the defect. This does not apply in case of defects that are immaterial to the interests of the orderer or due to circumstances that are the responsibility of the orderer. In case of a defect that is not significant, the orderer cannot refuse acceptance.

2. If acceptance is delayed through no fault of the installation contractor, it is deemed to have been completed at the end of twelve weeks after the orderer was notified that installation is complete.

3. Insofar as the orderer has not reserved the right to assert a specific defect, the liability of the installation contractor for apparent defects is eliminated upon acceptance.

VII. Claims for defects

1. After acceptance of the installation, the installation contractor is only liable for installation defects subject to the exclusion of all other claims of the orderer, notwithstanding Section VII. 5 and Section VIII, in that the contractor has to rectify the defects. The orderer is required to report noted defects to the installation contractor promptly.

2. The installation contractor is not liable in case of defects that are immaterial to the interests of the orderer or due to circumstances that are the responsibility of the orderer.

3. In case of modifications or repairs that are completed by the orderer or third parties improperly and without the prior consent of the installation contractor, the installation contractor shall not be liable for the resulting consequences. Only in urgent cases of impending hazards to operating safety and to prevent disproportionately severe damage, in which case the installation contractor must be notified immediately, or if the installation contractor has allowed a period of grace for the rectification of defects to pass unsuccessfully does the orderer have the right to rectify the defect itself or have it rectified by a third party and to demand compensation for the incurred costs from the installation contractor.

4. Out of the direct costs incurred for the rectification of defects, the installation contractor – insofar as the complaint proves to be justified – shall bear the costs for the replacement including shipment. Furthermore, the installation contractor bears the costs of removal and installation as well the costs for providing the required installers and assistants including travel costs, insofar as this does not place a disproportionate burden on the installation contractor.

5. Pursuant to the applicable legal regulations, the orderer has the right to abatement if the installation contractor – under consideration of the exceptions as stipulated by law – allows a reasonable period of grace for the rectification of defects to pass unsuccessfully. The orderer's right to abatement also exists in other cases where the rectification of defects fails. Only if the installation is proven to be of no interest to the orderer notwithstanding the abatement can the orderer withdraw from the contract.

VIII. Liability of the installation contractor, disclaimer of liability

1. If an assembly component delivered by the installation contractor is damaged during installation and the contractor is at fault, the installation

contractor at its discretion is responsible for repairs or the delivery of a replacement at its own expense.

2. If the installation item cannot be used by the orderer as stipulated by the contract and the installation contractor is at fault due to the failure to implement or the improper implementation of suggestions and advice offered before or after the contract is concluded, or due to the violation of other ancillary contractual obligations – in particular instructions for the operation and maintenance of the installation item – then the provisions of Section VII and VIII. 1 and 3 shall apply correspondingly subject to the exclusion of further claims by the orderer.

3. For damages that did not occur on the installation item itself, the installation contractor – whatever the cause in law – is only liable in case of

- a) intent,
- b) gross negligence of the owner/governing bodies or managers,
- c) culpable personal injury, loss of life or the impairment of health,
- d) defects maliciously concealed, or for which freedom from defects is guaranteed,
- e) insofar as liability for personal injury and damage to property on privately used items applies pursuant to the Product Liability Act. In case of the culpable violation of essential contractual obligations, the installation contractor is also liable for gross negligence on the part of non-managerial employees and for slight negligence. In the latter case, liability is limited to reasonably foreseeable damages typical for the contract. Further claims are excluded.

IX. Limitation period

All claims of the orderer – regardless of the cause in law – expire in 12 months. The applicable statutory limitation periods apply to compensation claims pursuant to Section VIII. 3.a - e. If the installation contractor performs the installation work on a building and thereby causes the building to be defective, the statutory limitation periods apply as well.

X. Indemnification of the orderer

If the fixtures or tools provided by the installation contractor are damaged on the installation site and/or lost through no fault of the contractor, the orderer is liable to pay compensation for damages. Damage due to normal wear and tear is disregarded.

XI. Applicable law, jurisdiction

1. All legal relationships between the installation contractor and orderer are subject exclusively to the laws of the Federal Republic of Germany applicable to legal relationships between domestic parties.

2. The jurisdiction is 48432 Rheine.

XII. Consumers

1. If the contractual partner is a consumer, the special consumer protection rights according to legal regulation apply. In particular, the consumer has to be notified of the existing right of withdrawal in separate cancellation instructions.

Part D

General terms and conditions for leasing (leasing terms and conditions)

I. General

The following leasing terms and conditions apply for all rental and/or leasing contracts that are concluded with the company DUMETA GmbH

(referred to as the lessor in the following). Terms and conditions of the lessee that conflict with or deviate from these leasing terms and conditions are not recognised by the lessor, unless the lessor has expressly agreed to their application in writing. These leasing terms and conditions of the lessor apply even if the lessor, with knowledge of terms and conditions of the lessee that conflict with or deviate from the lessor's leasing terms and conditions, carries out the lease without reservation.

II. Ownership

1. The lease object remains property of the lessor for the term of the lease contract.
2. If the lease object is installed on a property or in a building or facility, this is only done temporarily pursuant to Section 95 of the German Civil Code (BGB) with the intent to separate the lease object at the end of the lease term.

III. Type of use by the lessee

1. The lessee is not permitted to sub-lease the lease object to a third party, nor to assign rights pursuant to the lease contract, nor to cede or permit use or joint use of the lease object in any other manner. Pledging or transfer by way of security are not permitted.
2. The lessee may only set up the lease object at the location specified in the lease contract, and may not change the location of the lease object without the express prior consent of the lessor.
3. The lessee may only use the lease object as intended and for the purpose specified in the lease contract. The lessee may not make any changes to the lease object.
4. The lessee is not permitted to damage, modify, remove or render illegible any ownership notices, signs, numbers or other labelling applied to the lease object by the lessor. Own or third-party advertising by the lessee or approved by the lessee is not permitted on the lease object.

IV. Transfer of the lease object

1. The lessor has to make the lease object ready for pickup in operational condition or to arrange shipment. Risk passes to the lessee at the time of pickup/dispatch. If and insofar as agreed, the lease object is picked up from the premises of the lessor at the expense and risk of the lessee and returned to the same after the end of the lease term. In case of delivery and pickup by the lessor when the lessor is specifically commissioned to do so, the persons engaged act as assistants of the lessee.
2. The lessee is free to inspect the lease object in a timely manner prior to dispatch/pickup, at its own expense.
3. For the lessor to meet deadlines, the lessee has to fulfil its contractual obligations.
4. The pickup, dispatch or transfer date is extended by an adequate period of time in case of measures related to labour disputes, in particular strikes and lock-outs, and if unforeseeable events occur that lie outside the will of the lessor, insofar as such obstacles can be proven to have a significant influence on the deadline.
5. In case of delayed acceptance by the lessee, the lessor has the right,
 - a) to terminate the contract without notice following a reminder, or
 - b) to notify the lessee of a reasonable deadline for pickup/acceptance with the declaration that, after the end of said term, the lessor shall otherwise dispose of the lease object and provide the lessee with an equivalent lease object with a reasonably extended term.
6. If the transfer is delayed by request of the lessee, the costs incurred by the lessor due to the delay shall be charged to the lessee.

V. Bearing of risk, legal duty to maintain safety

1. The lessee bears the risk for the lease object during the entire time from leaving the operation of the lessor or other location until it is returned to the lessor.
2. If leaving the operation of the lessor or other location is delayed for reasons caused by the lessee, risk passes to the lessee with the start of the delay.
3. No. 1 and 2 also apply to individual parts of the lease object, or also if the lessor has agreed to provide other services such as shipment or setup and/or installation/removal.
4. The lessee has the legal duty to maintain safety during the lease term and period of use for the lease object. The lessee indemnifies the lessor from all claims arising from violations of the legal duty to maintain safety in regards to the lease object in the relationship between the parties.

VI. Installation and removal

1. If the lessor assumes responsibility for installation, and/or removal after the end of the contract term, special agreements have to be concluded in this regard.
2. The lessee has to ensure that suitable facilities and energy sources are provided in a timely manner.

VII. Transportation and packaging

1. If the lessor agrees to handle shipment, the cost of transporting the lease object from the lessor to the lessee and, at the end of the contract term, from the lessee to the lessor shall be borne by the lessee.
2. Packaging and loading costs including cargo control are also borne by the lessee.

VIII. Lease rate

1. The lease rate and due dates of lease payments are stipulated in the contract provisions. If and insofar as nothing to the contrary is expressly agreed in the lease contract, the respective current price list of the lessor shall apply.
2. The lease rate applies for a maximum daily 8-hour period of use (time of a shift) for the lease object, from Monday to Friday. Longer daily use, and use on Saturdays and Sundays, requires the prior written consent of the lessor. The burden of proof that a lease object in the possession of the lessee on the weekend was not used on the weekend is borne by the lessee.
3. If the lessee uses the lease object longer than 8 hours per day, a multiple-shift surcharge of 50% on the daily lease rate is payable. For use in the time of a shift on Saturday or Sunday, the daily lease rate is charged respectively. If the lease object is only leased over the weekend (Saturday to Sunday), a surcharge of 50% on the daily lease rate is payable.
4. Agreed hourly rates are billable for a minimum of 4 hours. In case of monthly lease rates, at least one month is billed regardless of the lease term.
5. The lease rate covers the equipment cost only. Costs for auxiliary materials and supplies (mounting materials, electricity, wear and replacement parts or similar) are not included in the lease rate and shall be billed separately. The same applies to additional services and transportation.
6. All maintenance, loading and unloading times as well as time that may be required for instruction regarding the equipment are borne by the lessee. The same applies in regards to setup and removal costs as well as the cost of providing a crane.
7. If the use of the lease object or parts thereof becomes futile or impossible

for reasons beyond the control of the lessor, the rights of the lessor shall remain unaffected.

8. The lease rate is net of VAT as required by law. VAT is billed to the lessee at the respective rate required by law.

9. Unless anything to the contrary is agreed upon, the amounts billed by the lessor are payable immediately and without deductions.

10. The lessor is entitled to demand reasonable security.

11. The lessor is entitled to demand prepayments in the amount of the expected lease payment. Furthermore, the lessor has the right to issue invoices weekly.

12. Only by corresponding agreement shall the lessor accept negotiable or properly taxed notes as payment. Notes and cheques are credited subject to the receipt of funds less expenses, with validation on the day the lessor can dispose of the consideration.

13. The lessee only has a right to set-off if its counter-claims are legally established, undisputed or accepted by the lessor. Furthermore, the lessee is only authorised to exercise a right of retention insofar as its counter-claim is based on the same contractual relationship.

IX. Fees and levies

1. The lessee is responsible for all fees, duties or other taxes levied during the contract term due to the lease, possession and/or use. This also applies to the cost of officially prescribed inspections.

2. In case of non-payment, the lessor has the right to advance funds and to request reimbursement from the lessee.

3. These additional expenditures shall be reimbursed no later than with the next lease payment by the lessee.

X. Insurance

1. The lessee is obligated to obtain machinery insurance for the replacement value of the lease object including all incidental costs, at its expense and in favour of the lessor for the duration of the lease term. Furthermore, the lessee has to ensure that coverage in favour of the lessor also includes perils that can be covered by fire insurance, unless a rider is added to the machinery insurance or the lease object is covered by the lessee's factory or fire insurance.

2. Insofar as the risk of conveyance for the lease object is borne by the lessee, the lessee shall obtain transport insurance coverage in favour of the lessor.

3. If installation of the lease object is required, the lessee by request of the lessor is obligated to obtain installation insurance coverage in favour of the lessor.

4. If the lessee is obligated to obtain insurance, confirmation of cover from the insurer must be provided to the lessor upon request.

5. Should the lessee fail to provide proof of insurance coverage, the lessor has the right to conclude corresponding insurance contracts in its favour in the name and on account of the lessee. The lessor may demand immediate reimbursement of the additional expenditures incurred.

6. The lessee hereby irrevocably assigns all rights arising from the insurance contracts concluded for the lease contract to the lessor and shall notify the insurer accordingly.

XI. Special obligations of the lessee for putting into operation

1. The lessee is obligated,

a) to protect the lease object against excessive strain of any kind and to ensure proper and intended use at all times, in particular also by trained, qualified personnel,

b) to properly maintain and care for the lease object or to have the lease object maintained and cared for at regular intervals at its own expense,

c) to follow the lessor's instructions for maintenance, care and use,

d) to observe and comply with all legal and administrative regulations connected with the possession, use or maintenance of the lease object; the lessor is indemnified from claims arising from the culpable failure to meet these obligations,

e) to take precautions and implement safety measures to ensure that the lease object is not subject to access by unauthorised third parties.

2. The lessor has the right to demand information about the location and type of use of the lease object from the lessee at any time. At any time during normal business hours, the lessor may by prior agreement inspect the lease object or have it inspected by authorised agents. The lessee is obligated to permit the inspection, to grant access to the installation location or to obtain permission required from third parties.

3. Personal protective equipment has to be provided by the tenant.

4. If operating the lease object requires a driving license, operator's license, lift truck ticket or similar, the lessee has to ensure the persons assigned by it to operate the lease object hold the corresponding rights.

XII. Claims for defects

1. The lessor shall keep the lease object operational at its own expense. All damage incurred during use shall be properly repaired by the lessor. This presumes that the lessee verifiably meets the obligations pursuant to Section XI.

2. The repair of all other damage, in particular due to unsuitable or improper use, incorrect installation and/or putting into operation, modifications or maintenance work that is contrary to the contract performed by the lessee or a third party commissioned by the lessee, improper or careless treatment – in particular excessive strain – unsuitable supplies and replacement materials, defective construction, unsuitable building ground, chemical, electrical or electrotechnical influences shall be borne by the lessee unless the lessor is at fault for said damage. This also applies in case of rust and corrosion damage.

3. Disruptions, defects, faults, damage, missing or the loss of parts or accessories shall be promptly reported by the lessee to the lessor in each case.

4. The lessee with the lessor's agreement has to give the lessor the time and opportunity required to make repairs that appear necessary and to deliver replacement parts. Otherwise the lessor is released from the liability for defects. Only in urgent cases where operational safety is at risk, whereupon the lessor must be notified immediately, does the lessee have the right to rectify the defect itself or have it rectified by third parties and to demand adequate reimbursement of its costs from the lessor. Under the conditions described in Section XIX no. 2, the lessee may also cancel without notice.

XIII. Breach of secondary obligations

If the lease object cannot be used as stipulated by the contract due to the failure to implement or the improper implementation of suggestions and advice offered before or after the contract is concluded, or due to the violation of other ancillary contractual obligations – in particular instructions for the operation and maintenance of the lease object – then

the provisions of Section XII shall apply correspondingly subject to the exclusion of further claims of the lessee, without prejudice to the provisions of Section XII.

XIV. Liability

For all compensation claims of the lessee that are not covered by this contract – regardless of the cause in law – in particular compensation for damage that did not occur on the lease object itself, the lessor is only liable in case of

- a) intent,
- b) gross negligence of the owner/governing bodies or managers,
- c) culpable injury to life, health or personal injury,
- d) defects maliciously concealed, or for which freedom from defects is guaranteed in the promise of guarantee,
- e) lease object defects, insofar as liability for personal injury and damage to property on privately used items applies pursuant to the Product Liability Act. In case of the culpable violation of essential contractual obligations, the lessor is also liable for gross negligence on the part of nonmanagerial employees and for slight negligence. In the latter case, liability is limited to reasonably foreseeable damages typical for the contract. Further claims are excluded.

XV. Limitation period

All claims of the lessee – regardless of the cause in law – expire in 12 months. The applicable statutory limitation periods apply to compensation claims pursuant to Section XIV a through e.

XVI. Changes to the lease object

1. Changes to the lease object, in particular additions and installations, as well as joining it with other items, may not be implemented without the prior consent of the lessor. If changes are demanded by public authorities, the lessor has to be informed promptly. Changes, additions or installations implemented without prior consent become the property of the lessor without compensation in any case. A right of removal is excluded.
2. The lessor may demand that the original condition of the lease object be restored at the lessee's expense.

XVII. Third-party access

1. In case of an order of a public authority, impoundment, seizure or similar, whether instigated by a public authority or privately, the lessee is required to point out the ownership structure promptly, verbally or in writing, and to also notify the lessor promptly as well as providing all necessary documents.
2. The lessee has to promptly inform the lessor in case of an application for the forced auction or compulsory execution of the property on which the lease object is located.
3. Compensation claims to which the lessee may become entitled as a result of third-party access are assigned to the lessor now and in advance.
4. The lessee bears the costs for all measures to resolve this type of intervention.

XVIII. Lease term

1. The start of the lease term is stipulated in the contract. Should the lessee put the lease object into use before this time, the lease term begins when the lease object is actually put into use. If the lessee unjustly refuses acceptance, the lease term begins on the day of the lessor's offer. When

self-contained parts of the lease object are transferred, the above applies correspondingly.

2. The lease term ends with the return of the lease object to the lessor in proper condition pursuant to the contract, in particular clean and complete, but no earlier than at the end of the contractually agreed lease term. If the return is directly to a new lessee, the lease term ends on the day the lease object in proper condition is dispatched or picked up by the new lessee.
3. If the lease object is not returned in proper condition pursuant to the contract, the lessee is obligated to cover damages incurred as a result by the lessor, in particular lost lease payments if applicable.
4. The lessee is not permitted to use the lease object after the end of the contract term.

XIX. Right of withdrawal and right to cancellation of the lessee

1. The lessee may withdraw from the contract if it becomes impossible for the lessor to make the lease object available for use and grant the right of use prior to the passing of risk for a reason within the control of the lessor or neither party. This right also exists if making the lease object available for use becomes partly impossible prior to the passing of risk and the lessee has a justified interest in refusing partial performance.
2. The lessee may cancel without notice if the lessor allows a commensurate period of grace, established for the rectification of a defect that the lessor is responsible for, to elapse unsuccessfully through its own fault, or the rectification of the defect by the lessor or third parties is impossible or unreasonable.
3. In case of justified termination without notice by the lessee pursuant to No. 2, the lessor bears the costs and the risk of return transportation of the lease object.

XX. Termination without notice by the lessor

1. In particular, the lessor has the right to terminate the lease contract without notice when
 - a) the lessee is in arrears with a lease payment or another especially agreed payment, in whole or in part, for a period of more than 2 weeks following a reminder,
 - b) the lessee following a reminder, without the consent of the lessor, uses the lease object or part thereof for other purposes (Section III. 3) or moves it to another than the contractually stipulated location without authorisation (Section III. 2),
 - c) the lessee fails to promptly meet the obligations pursuant to Section XI. 1 following a reminder from the lessor,
 - d) the lessee makes the lease object available for use by a third part (Section III. 1),
 - e) the lessee makes changes to the lease object (Section III. 4),
 - f) material circumstances become known that fundamentally call the contractual performance of the lessee into question, e.g. cessation of payment, bill protest, enforcement proceedings, insolvency,
 - g) the lessee culpably fails to provide accurate information, or provides incorrect information, about quantities and/or overtime.
2. In case of termination without notice, the lessor can demand half the remaining lease payments up to the next allowable date for orderly termination as all-inclusive compensation. The lessee is entitled to provide proof of lesser damage, the lessor of higher damage.
3. If the lessee notwithstanding a reminder fails to meet the contractual obligations, the lessor can take the lease object out of operation or remove

it at the lessee's expense, even without the need for termination without notice. The incurred costs are borne by the lessee.

4. If the lessor removes the lease object pursuant to no. 3, it can otherwise dispose of it as well. Existing rights and claims of the lessor remain unaffected. Amounts obtained by the lessor through otherwise leasing the lease object are offset after deducting the costs incurred for taking back and re-leasing the lease object. The lessor's claims for damages remain unaffected.

XXI. Return of the lease object

1. When the contract is terminated, the lessee has to promptly return the lease object to the lessor in proper condition, in particular clean and complete – under consideration of normal wear and tear for the lease term, which is borne by the lessor – or, if e.g. pickup has been agreed, to make the lease object available for pickup. The lessee waives all rights of retention.

2. The lease object has to be returned to the branch of the lessor identified in the lease contract, otherwise to the branch of the lessor where the lease object was transferred to the lessee.

3. Returning the lease object is only permitted during the regular business hours of the branch where the lease object has to be returned (no. 2).

4. In case of pickup by the lessor, the lease object has to be made available by the lessee ready for transportation.

5. The lessor can inspect the lease object itself prior to dispatch or pickup, or have it inspected by an expert. The expert shall determine the extent of defects and damage, the expected costs for their rectification and the possible decrease in the value of the lease object. Each party bears half of the inspection costs. If the expert does not note any defects or damage, the lessor covers the full costs.

6. Defects or damage to the lease object going beyond normal wear and tear and/or caused by improper use shall be borne by the lessee.

7. If the lease object is lost or written off during the lease term, the lessee is obligated to pay compensation in the amount of the replacement value. The lessor can also demand procurement of a replacement item that is equivalent to the lease object. Until adequate compensation is received, the lease payments continue to be payable at 100% until the end of the agreed lease term and after that at 50%.

8. The lessor may specify a destination for return transportation that is different from where the lease object was transferred. However, the lessee in this case is only obligated to cover the costs up to the amount that would be incurred for a return to the transfer location. Freight savings are to the lessee's benefit.

9. If the lessee fails to meet its return obligation within 7 days after termination of the contract, the lessor may carry out return transportation or have it carried out at the lessee's expense. The lessee grants access to the installation location of the lease object to the lessor or third parties commissioned by the lessor for the purpose of pickup, now and in advance. The lessor's claims for damages remain unaffected.

XXII. Applicable law, jurisdiction, place of fulfilment

1. All legal relationships between the lessor and lessee are subject exclusively to the laws of the Federal Republic of Germany applicable to legal relationships between domestic parties.

2. The court responsible for the registered office of the lessor has jurisdiction.

3. Unless anything to the contrary is specified in the contract, the place of performance is 48432 Rheine.

XXIII. Consumers

If the contractual partner is a consumer, the special consumer protection rights according to legal regulation apply. In particular, the consumer has to be notified of the existing right of withdrawal in separate cancellation instructions.